

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner

Eine Dokumentation
aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
vom 20. Juli 2015





Vorwort

Diese Dokumentation widmet sich der Behandlung der Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Kassel vom 20. Juli 2015.

Willi Seidel war von 1945 bis 1954, Dr. jur. Lauritz Lauritzen war von 1954 bis 1963 und Dr. rer. pol. Karl Branner war von 1963 bis 1975 Oberbürgermeister unserer Stadt.

Das Buch ‚Vergangenheiten‘ der Autoren Sabine Schneider, Eckart Conze, Jens Flemming und Dietfrid Krause-Vilmar über die Untersuchung der NS-Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister und ihren Umgang mit dem Nationalsozialismus nach 1945 diente den Stadtverordneten als Grundlage.

Die Debatte, wie zukünftig mit dem Wissen um die Vergangenheiten der Kasseler Oberbürgermeister und ihren Ehrungen und Anerkennungen umgegangen werden sollte, erfolgte sachlich, kontrovers und in aufmerksamer Atmosphäre. Sie dauerte 1 Stunde und 45 Minuten. Die sich anschließende Abstimmung mit 22 Einzelabstimmungen verlief in angespannter Stimmung. Sie dauerte nochmal 35 Minuten.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte auch in den Jahren 2016 und 2017 noch über die Forderung nach einer Umbenennung der Karl-Branner-Brücke zu entscheiden. Die Beschlüsse dazu sind nachrichtlich beigefügt.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Inhalt

Einleitung 7 bis 13

Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juli 2015

Redebeiträge 15 bis 45

Auszug aus der Niederschrift 46 bis 50

Anträge der Fraktionen 51 bis 55

Beschlüsse 56 bis 65

Nachrichtlich Auszüge aus den Niederschriften

- der Stadtverordnetenversammlung
vom 1. Februar 2016 66 bis 69

- der Stadtverordnetenversammlung
vom 19. Juni 2017 70 bis 73

Vergangenheiten und Lernprozesse

Siebzig Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur und des Zweiten Weltkriegs ist die Erinnerungsarbeit an die Gewaltherrschaft noch keineswegs abgeschlossen. Zu spät und zu bruchstückhaft war man daran gegangen, die Verbrechen, das Unrecht und die persönlichen Verantwortlichkeiten aufzuklären und zu vergegenwärtigen. Rückblickend zeigen sich in diesen Jahrzehnten verschiedene Phasen von anfänglicher Entnazifizierung, Verdrängung und Gleichgültigkeit bis zu späteren nachholenden Versuchen von „Aufarbeitung“. Inhaltlich ging es um Gerichtsverfahren gegen Massenmord und Kriegsverbrechen, um schrittweise breitere und vertiefende historische Forschungen, um publizistische und künstlerische Verbreitung von Wissen, um politisch-moralische Gedenkhaltungen staatlicher Amtsträger, um die Anerkennung und Ehrung von Opfern sowie ihre finanzielle Entschädigung, und immer auch um Vorwürfe und Nachweise gegenüber früheren Beteiligten des Herrschaftssystems bis hin zur Aberkennung von Ehrungen.

In der Stadt Kassel setzten Ende 2013 die städtischen Gremien ein Verfahren in Gang, das dazu führte, dass den zwei früheren Oberbürgermeistern Willi Seidel (SPD) und Dr. Karl Branner (SPD) Ehrungen entzogen wurden. Zugrunde lag eine umfangreiche Studie, die die politischen Lebensläufe der Betroffenen während des Nationalsozialismus und ihren späteren Umgang mit ihrer Vergangenheit umfassend analysierte.¹

Willi Seidel war von 1945 bis 1954 Oberbürgermeister von Kassel. Zuvor in der Stadtverwaltung Kassels tätig, wurde er zunächst von der amerikanischen Militärregierung eingesetzt. 1946 wählten ihn die Stadtverordneten von SPD und CDU einstimmig zum OB. Nach der neuen Kommunalwahl 1948 wurde er von der Stadtverordnetenversammlung gegen einen weiter rechts stehenden Kandidaten bei Stimmengleichheit und Losentscheid im Amt bestätigt. 1970 erhielt er die Ehrenbürgerwürde, im Jahr 1985 wurde das Haus der Jugend zu seinen Ehren in „Willi-Seidel-Haus“ umbenannt.

Dr. Karl Branner, vor dem Krieg bei der Deutschen Arbeitsfront (DAF) tätig und 1949 aus jugoslawischer Kriegsgefangenschaft nach Kassel zurückgekommen, amtierte von 1954 bis 1957 als hauptamtlicher Stadtrat für Wirtschaft und Verkehr, 1957 bis 1963 als Bürgermeister und von 1963 bis 1975 als Oberbürgermeister der Stadt. Er wurde 1975 mit der Ehrenbürgerschaft der Stadt geehrt, 1999 erhielt die Seitenhalle des Rathauses den Namen „Karl-Branner-Halle“ und im Jahr 2000 wurde die neu errichtete Fußgängerbrücke in der Unterneustadt mit dem Namen „Karl-Branner-Brücke“ versehen.

Der dritte in die Überprüfung einbezogene Kasseler Oberbürgermeister, Lauritz Lauritzen (SPD), war von 1954 bis 1963 im Amt, danach hessischer Justizminister und Bundesminister für Wohnungsbau. Da keine nennenswerten Belastungen erkannt wurden und keine besonderen Ehrungen vorlagen, war er von den weiteren Beratungen und Entscheidungen nicht betroffen.

¹ Sabine Schneider, Eckart Conze, Jens Flemming, Dietfrid Krause-Vilmar: Vergangenheiten. Die Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen, Branner und der Nationalsozialismus. Marburg (Schüren Verlag) 2015.

Die Stadtverordnetenversammlung traf in ihrer 44. öffentlichen Sitzung am 20. Juli 2015 die Entscheidung über die teilweise Rücknahme früherer Ehrungen. Die Bezeichnung „Willi-Seidel-Haus“ wurde wieder durch „Haus der Jugend“ ersetzt. Die Namensgebung „Karl-Branner-Halle“ im Kasseler Rathaus wurde ohne neuerliche Namensfindung zurückgenommen. Die Benennung der „Karl-Branner-Brücke“ wurde jedoch mit knapper Mehrheit unverändert gelassen.

Für diese Untersuchungen und Entscheidungen empfiehlt sich ein Blick auf den Kontext des längerfristigen Umgangs mit der Vergangenheit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland. Es geht dabei um verschiedene Dimensionen, sowohl auf der strukturellen als auch auf der individuellen Ebene. Am Anfang stand - in Hessen durch die amerikanische Militärregierung - die Beseitigung der Herrschaftsapparate des NS-Systems, der Hauptkriegsverbrecher und der oberen Führungsebene, die durch das internationale Nürnberger Kriegsverbrechertribunal, die Nürnberger Nachfolgeprozesse der USA und weitere alliierte Gerichte unternommen wurde. Weitere strafrechtliche Verfolgung von NS-Tätern oblag dann der deutschen Justiz der Länder und des Bundes, die freilich bis Ende der 1950er Jahre nur zögerlich und unzureichend stattfand. Trotz des aufwühlenden Auschwitz-Prozesses in Frankfurt/M. 1963-65 bedurfte es Mitte der 1960er Jahre einer quälenden politischen Debatte, um die drohende Verjährung selbst von Mord noch gesetzlich zu verhindern.

Nach der anfänglichen Entlassung des weiteren Führungspersonals durch die Besatzungsmacht folgte als dritter Entwicklungskomplex die durch deutsche Stellen auf Grundlage des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus unter Aufsicht der Besatzungsmächte von März 1946 bis Anfang der 1950er Jahre durchgeführte Entnazifizierung, die Millionen von größeren und kleineren Amtsträgern, Unterstützern und Nutznießern des Systems betraf. Mit der Feststellung von individueller Verantwortung und strafrechtlich nicht fassbarer Schuld sollte vor allem der Zugang zu Politik und Verwaltung kontrolliert und der Neuaufbau eines demokratischen Staatswesens gesichert werden. Mit der praktischen Durchführung dieses Verfahrens wurden somit die Weichen gestellt für das Problem der Kontinuität von Personal und ideologischen Orientierungen. Angesichts der Vielzahl der Betroffenen stieß die Entnazifizierung auf breiten Widerstand. Mit gemilderten Regeln 1948/49 war das Verfahren letztlich wenig erfolgreich und wurde mit Recht als „Mitläuferfabrik“ (Lutz Niethammer) bezeichnet. So blieb der Weg zu personeller Kontinuität viel stärker offen als anfänglich beabsichtigt, zumal das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes vielen früheren Beamten Ansprüche auf Wiedereinstellung einräumte. Als langfristige moralische Folge blieb die durch Krieg, Niederlage und Zerstörung ohnehin grassierende Opfermentalität. Vor allem aber wirkte der Abschluss der Entnazifizierungsverfahren geradezu als Entlastungsmechanismus, sodass die Zuweisung oder Reflexion von Schuld politisch-moralisch weithin als erledigt angesehen wurde.

Während die strafrechtlichen Aufarbeitung noch weithin offen war und für Wahlämter durchaus andere Kontrollmöglichkeiten bestanden, waren somit seit Anfang der 1950er Jahre die rechtlichen Möglichkeiten von „Vergangenheitsbewältigung“ überwiegend erschöpft. In der breiten Bevölkerung hing es jetzt wesentlich von der individuellen und öffentlichen Moral ab, wie mit „Vergangenheiten“ umgegangen wurde. In der Folgezeit kam es zwar immer

wieder zu Einzelfällen, die aufgedeckt und als Skandal diskutiert wurden. So musste Wolfgang Fränkel, bereits seit 1952 Bundesanwalt, nach Ernennung zum Generalbundesanwalt 1962 auf Grund seiner Rolle in der NS-Justiz wieder entlassen werden. Bundeskanzler Kiesinger, im Dritten Reich hoher Beamter in der Rundfunkabteilung des Auswärtigen Amtes, wurde 1968 von Beate Klarsfeld symbolisch mit einer öffentlichen Ohrfeige bloßgestellt. Der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger musste 1978 zurücktreten, nachdem seine Tätigkeit als Marinerichter bei Kriegsende bekannt wurde. In Einzelfällen kamen Doppelsexistenzen ans Tageslicht. Die große Zahl von angeblich „gering Belasteten“ konnte sich jedoch seit den 1950er Jahren hinter einem Vorhang des Verdrängens und Beschweigens einrichten. Dabei half ihnen, dass in vielen gesellschaftlichen Bereichen einschließlich Parteien, Universitäten, Verbänden, zum Teil auch Medien und Kirchen, also wichtigen Trägern öffentlicher Moral, nur geringes Interesse an aufklärender Sorgfalt bestand. Der individuellen Entlastungsmoral ehemaliger „kleiner Nazis“ stand daher lange kein starkes öffentliches Korrektiv gegenüber. Sie sahen sich geringem Bekenntnisdruck ausgesetzt und konnten „guten Gewissens“ in Ämter und politische Funktionen einrücken. Auch wenn es nicht zu dem oft geforderten großen „Schlussstrich“ etwa durch eine Generalamnestie kam, wirkte die verbreitete Tendenz zur Verharmlosung der NS-Zeit durchaus in diese Richtung. Auf der anderen Seite wurden für die vielen Opfer nationalsozialistischer Verfolgung zwar wichtige Leistungen der „Wiedergutmachung“ eingerichtet, denen jedoch erhebliche Ressentiments entgegenstanden. Die im Kern sehr restriktiven Regelungen mussten in der Folgezeit noch mehrfach durch „Härtere Regelungen“ bis in die 1990er Jahre hinein ergänzt werden.

Die Minderheit, die für eine aktive Erinnerungskultur eintrat, erhielt von den nicht nur studentischen 1968ern starke Impulse, bis sich Mitte der 1980er Jahre die Gewichte deutlich verschoben. Bundespräsident Weizsäcker benannte 1985 zum 40. Jahrestag des Kriegsendes erstaunlich spät den 8. Mai 1945 als „Tag der Befreiung“. Kurz danach musste im „Historikerstreit“ ab 1986 allerdings gegen Ernst Noltes Revisionismus immer noch vor einer „Entsorgung der Vergangenheit“ (Jürgen Habermas) gewarnt werden. Gegenüber den langjährigen Versäumnissen der Justiz setzte das Bundesjustizministerium 1989 mit seinem Ausstellungsprojekt „Im Namen des deutschen Volkes. Justiz und Nationalsozialismus“ einen markanten Akzent der selbstkritischen Aufklärung.

Die deutsche Einheit 1989/90 und das Ende der Ost-West-Konfrontation machten schließlich auch die großen Erinnerungslinien wieder aktuell. Sie führten unter anderem zu politischen Entscheidungen wie der Errichtung einer Stiftung für die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter sowie der gesetzlichen Rehabilitation der Wehrmachtsdeserteure, die in mühsamen Schritten abgeschlossen werden konnte. Bundespräsident Herzog schuf 1996 mit einem nationalen Gedenktages zur Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar jeden Jahres ein überfälliges Symbol öffentlicher Erinnerungskultur, das auch von den Bundesländern und auf kommunaler Ebene aufgegriffen und gestaltet wird. Eine Vielzahl von Gedenkorten und -zeichen erleichtern inzwischen auch im regionalen und lokalen Bereich Zugänge zu historischem Lernen und konkreter Erinnerung.

Schließlich bereitete die so langfristig gewandelte Erinnerungskultur seit der Jahrtausendwende den Boden für eine ganze Serie von offiziell eingesetzten historischen Untersuchungskommissionen, die ganze Ämterkomplexe bzw. Institutionen auf NS-

Herrschaftsfunktionen und personelle Kontinuität in die Bundesrepublik hinein erforschen sollten. Vorreiter auf Bundesebene war das Auswärtige Amt mit dem Bericht „Das Amt und die Vergangenheit“ (2010). Weitere Bundesministerien folgten, so u.a. das für Finanzen, das Arbeitsministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Wirtschaftsministerium sowie das Justizministerium (Bericht „Die Akte Rosenberg“ 2016). Hinzu kamen der Bundesnachrichtendienst (BND), der Verfassungsschutz (BfV) und das Bundeskriminalamt (BKA). Auf der Landesebene ging es vor allem um personelle Kontinuität NS-belasteter Abgeordneter in Landesparlamenten, bisher u.a. in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Schleswig-Holstein und Hessen („NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter“ 2013/ 2014). Verschiedentlich sind auch Kommunen der NS-Geschichte und personellen Kontinuitäten nachgegangen, so zum Beispiel Eschwege, der Landkreis Marburg-Biedenkopf oder – breiter angelegt – als Kommunalverband der hessische Landeswohlfahrtsverband. Auch gesellschaftliche Institutionen wie Universitäten, Medien (z. B. Süddeutsche Zeitung), Wirtschaftsunternehmen (u.a. VW, Quandt, Bayer) oder Verbände (z. B. die hessische Ärztekammer) haben in den letzten zwei Jahrzehnten ihre NS-Vergangenheit untersuchen lassen.

An dieser neuesten Serie offizieller Untersuchungen überrascht, dass sie überhaupt zustande kam; doch bleibt das Unbehagen, dass sie erst so spät möglich wurde. Ein wichtiges Verdienst liegt u. a. darin, dass mehrere dieser Kommissionsberichte einen Schwerpunkt auf die Nachfolgezeit und die Nachwirkungen des Nationalsozialismus legten. Dabei werden viele Fälle der Kontinuität individueller Karrieren sichtbar, ebenso Häufungen als Seilschaften oder strukturelle Kontinuität, wie dies etwa für den Bundesnachrichtendienst, den Verfassungsschutz oder das Bundeskriminalamt (vormalige Geheimdienst- und Gestapoangehörige) und neuerdings für das Bundesjustizministerium aufgezeigt wurde. Diese Kommissionsberichte und Studien zeigen, dass offenbar das Bewusstsein zugenommen hat, in welchem Umfang in den 1950er und 1960er Jahren die offene Rückschau auf die NS-Zeit blockiert war. Das Wegschauen in diesem Zeitraum hat sich als zweite Hypothek ausgewirkt, die nunmehr nicht mehr zu ändern, sondern nur noch historisch zu besichtigen ist. Die Verantwortung dafür liegt einerseits bei den betroffenen Personen, die in der Regel alles daran setzten, ihre Biographie zu verdecken und als „Normalbiographie“ unter üblichen Anpassungszwängen erscheinen zu lassen. Aber auch auf der politisch-administrativen Entscheidungsebene wurde bei Personalentscheidungen im Bund, Ländern und Kommunen häufig die angemessene Überprüfung belastender Vergangenheiten vermieden und ein generalisierter Mitläuferbonus angewandt.

Das Wort „Belastung“ stellt einen der dehnbarsten und strittigsten Begriffe gerade für diese Nachwirkungszeit dar. Mit der Entnazifizierung schienen ja die großen, aber letztlich auch die kleineren Belastungen aus der NS-Zeit geklärt. Als Klischee hatte sich eingebürgert, dass die Millionen „Mitläufer“ nur die einfachen NSDAP-Mitglieder ohne Amt in der Partei oder ihren angeschlossenen Organisationen waren. Allerdings wurde ab 1949 ein Entnazifizierungsverfahren nur noch für Personen durchgeführt, für die eine Einstufung in die Kategorien 1 und 2 (Hauptschuldige oder Belastete) zu erwarten war. Somit fielen „Minderbelastete“ (Stufe 3) und Mitläufer (Stufe 4) aus dem Verfahren heraus, die Minderbelastung wurde in dieser Schlussphase sehr großzügig behandelt, wovon Kriegsheimkehrer und Ostflüchtlinge dieser Jahre profitierten. In den Jahren zuvor wurde die Partei- und Organisationsmit-

gliedschaft, vor allem bei Eintritt schon bis Mai 1933 und mit Ämtern, klar negativ bewertet, bei Eintritt ab 1937 folgte bald eine Abstufung auf den Mitläuferstatus. Problematisch war allerdings, dass hinter der Parteimitgliedschaft die berufliche Tätigkeit im Rahmen der verschiedenen Verwaltungszweige, der Wirtschaft oder auch der Justiz weitgehend ausgeblendet wurde und nur bei exzessivem Aktivismus Beachtung fand. Damit konnte die Beteiligung am Funktionieren des NS-Regimes, evtl. sogar ohne politische Mitgliedschaft, häufig ohne Konsequenzen aus der Entnazifizierung bleiben. In den öffentlichen oder persönlichen Entlastungsmechanismen verband sich dieser blinde Fleck gerne mit der Betonung von Fachlichkeit und Fachkompetenz als Neutralisierungsfaktor. Dies war nicht zuletzt bei Verwaltungsfunktionen der Fall. Für die Kommunalverwaltung galt dies in besonderem Maße, da sie ja traditionell als sachlich und „unpolitisch“ angesehen wurde und die politische Dimension selbst bei den Führungsämtern oft in den Hintergrund trat. Tätigkeiten auf der kommunalen Ebene konnten somit noch leichter als nicht „belastend“ wahrgenommen werden – sowohl in der Selbstdeutung und -rechtfertigung betroffener Personen als auch vom sozialen Umfeld, das häufig zur Verharmlosung beitrug. In dem einschlägigen Zeitraum vor allem der 1950er Jahre verfestigten sich so Mechanismen der Verdrängung und des doppelten Bodens, deren Folgen noch lange als historische Versäumnisse nachwirken sollten.

Diese Muster lassen sich auch in Kassel an den jetzt virulent gewordenen Karrieren beobachten, wie für viele andere Orte und Entscheidungsebenen. Die damaligen Personalentscheidungen konnten schon lange und können ohnehin jetzt nicht mehr rückgängig gemacht werden, nachdem die Karrieren abgeschlossen sind und die Personen nicht mehr leben. Die Auswahl resultierte aus dem Zusammenspiel von Entnazifizierungsverfahren und Gremien der Stadt Kassel und wurde seinerzeit offenbar nur in begrenzter Kenntnis der biographischen Tatsachen getroffen. Willi Seidel wurde seinerzeit im April 1945 von der US-Militärregierung als kommissarischer Bürgermeister eingesetzt, seine Vorgeschichte im Juni 1945 und im Juli 1946 nur cursorisch mit dem Spruchkammer-Ergebnis „nicht betroffen“ untersucht (Schneider u.a. S. 29, 32). Karl Branner, Parteimitglied seit 1933, fiel im Februar 1949 unter die Heimkehreramnestie, die er jedoch als nicht hinreichend anfocht und bei der Spruchkammer Marburg im Oktober 1949 wegen „aktiven Widerstands“ eine Entlastung erreichte (Schneider u.a. S. 135, 138).

Die zweite Entscheidungsebene betrifft die Verleihung der Ehrungen, auf die sich die aktuellen Diskussionen beziehen. Diese Ehrungen wurden jeweils deutlich später ausgesprochen: Nach dem Dienstenende Seidels 1954 wurde er 1970 zum Ehrenbürger ernannt, erst 1985 folgte die Namensgebung „Willi-Seidel-Haus“. Karl Branner erhielt direkt nach dem Ende seiner Amtszeit 1975 die Ehrenbürgerwürde der Stadt zugesprochen, 1995 wurde er „Ehrenoberbürgermeister“; die Namensgebung „Karl-Branner-Halle“ im Rathaus folgte erst 1999 und die der „Karl-Branner-Brücke“ im Jahr 2000. Andere Ehrungen umfassten bereits zuvor das Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland (Großer Verdienstorden 1970, Großer Verdienstorden mit Stern 1974 sowie Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband 1990), schließlich u.a. den Hessischen Verdienstorden 1990, die allesamt als persönliche Ehrungen im engeren Sinne nicht Gegenstand der aktuellen Kasseler Entscheidungen wurden. Alle diese Ehrungen stützten sich auf die während der Amtszeit

erworbenen Verdienste. Sie überlagerten damit frühere Versäumnisse und machten es später umso schwieriger, diese wieder freizulegen.

Die Aberkennung von Ehrungen konnte nur auf Grundlage einer gründlichen und möglichst objektiven historischen Erforschung der verdeckten Biographien zustande kommen, wie sie mit der Studie von Schneider u. a. von 2015 vorgelegt wurde. Die Mitglieder der Kasseler Stadtverordnetenversammlung stützen sich in ihren hier dokumentierten Reden wesentlich auf diese Forschungen und geben übereinstimmend zu erkennen, dass sie die Ergebnisse vollinhaltlich akzeptieren – die Tatsachen als solche waren somit nicht kontrovers. Das dürfte die durchaus schwierige Entscheidung über daraus abzuleitende Schlussfolgerungen erheblich erleichtert haben.

Im Ergebnis waren sich alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung einig, dass die Ehrung Willi Seidels durch die Namensgebung für das vormalige Haus der Jugend aufgehoben werden soll. Der Oberbürgermeister sprach sich empfehlend für die Beibehaltung des Namens aus. Seidels Ehrenbürgerwürde, die in dem Verzeichnis der Stadt Kassel dokumentiert ist, wurde jedoch von keiner Seite thematisiert. Im Falle Karl Branners blieb die Ehrung als Ehrenbürger Kassels kontrovers: da sie bei heutigen Kenntnissen nicht mehr so getroffen würde, plädierten einige Redner auch hier für die Rücknahme; die Mehrheit folgte dem allerdings nicht. Konsens bestand hingegen darüber, die ehrende Benennung der „Karl-Branner-Halle“ im Rathaus ohne neue Namensgebung zurückzunehmen. Kontrovers blieben die Auffassungen zu der Frage, ob die Fußgängerbrücke „Karl-Branner-Brücke“ ihren Ehrennamen behalten sollte. Die SPD- und die CDU-Fraktion entschieden mit Mehrheit, diesen Namen beizubehalten. Die anderen Fraktionen und einzelne SPD-Abgeordnete wollten auch diesen Namen streichen, ähnlich auch die zuständigen und zu beteiligenden Ortsbeiräte Mitte und Unterneustadt. Somit ergibt sich das merkwürdige Bild, dass bei der Rücknahme von Ehrungen einer Person, Karl Branner, eine nach Objekten aufgespaltene Entscheidung getroffen wurde. Dies blieb in der Folgezeit bis in die Ausgestaltung hinein auch öffentlich kontrovers.

Die Reden der Stadtverordneten sprechen in ihrer Klarheit und Sorgfalt, mit der sie die Belastungen aus dem Ertrag der biographischen Forschungen aufgreifen, für sich und bedürfen keiner Einzelkommentierung. Hier sei nur hervorgehoben, wie eindrucksvoll die moralischen und politischen Aspekte solcher Entscheidungen, zumal nach so langer Zeit, erörtert werden. Für eine Beurteilung der Vergangenheiten der Betroffenen vor und nach 1945 und für die Frage der Aufrechterhaltung oder Aberkennung von Ehrungen werden jeweils angemessene Kriterien gesucht. Die zurückhaltende und differenzierende Rückschau auf die Biographien aus der Sicht späterer Generationen ohne moralische Überheblichkeit sollte gemäß der neuen Informationslage zu einer gerechten Wertung führen. Dabei stand nicht die Partei- oder Organisationsmitgliedschaft im Vordergrund, sondern der die NS-Herrschaft unterstützende Gehalt der Verwaltungstätigkeit und die über den zeitüblichen Opportunismus hinausgehende Identifizierung mit der NS-Ideologie. Auch die „verschatteten“ Kontinuitäten im Handeln und Denken nach 1945 und der beschönigende Umgang der Betroffenen mit ihrer Vergangenheit wurden kritisch erörtert. Ein vordergründiges Aufwiegen von Belastungen mit Wandlungen zu „Demokraten“ und unbestrittenen Verdiensten beim Wiederaufbau wurde vermieden.

Was nun die Ehrungen betrifft, so betonen die Redner, dass diese mit Blick auf ihre heutigen Wirkungen geprüft werden sollten. Für die Rücknahme von Ehrungen wählen sie als wesentliches Kriterium, ob die beiden ehemaligen Oberbürgermeister auf dem Hintergrund von Belastungen durch die Ehrungen weiterhin als *Vorbild* herausgestellt werden können. Eine solche Vorbildfunktion verneinen die meisten Redner, zumal mit Blick auf die junge Generation und angesichts der neuen, aktuellen Gefahren der Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Die Rücknahme der Ehrungen dürfte gleichwohl nicht leicht gefallen sein. Außer der Distanzierung von den Belastungen der beiden früheren Oberbürgermeister impliziert sie ja immer auch eine Kritik daran, wie diese in ihre Ämter kamen und seinerzeit zu wenig durchleuchtet worden waren. Unbehagen mag auch bereitet haben, dass die Ehrungen selbst auf dem alten, für selbstverständlich gehaltenen Kenntnisstand erfolgten, auch bei den in Frage stehenden Ehrungen im Falle Karl Branners, die sehr spät in den Jahren 1999 und 2000 ausgesprochen wurden. Dass die Rücknahmeentscheidungen zustande kamen, zeugt von der Fähigkeit zur Korrektur durch Lernprozesse, die wohl in der dritten Generation leichter fallen als früher.

Die Stadt Kassel steht mit ihrem Votum, Ehrungen zu überdenken, nicht allein. Die getroffene Entscheidung wird auch über 70 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs nicht die letzte dieser Art sein. Andere Gemeinden und Landkreise sowie andere öffentliche Einrichtungen werden da und dort ähnliche Entscheidungen treffen. Sie werden darin in kleinerem Rahmen jenes befreiende Moment sehen, von dem Richard von Weizsäcker 1985 für Deutschland im Ganzen gesprochen hat. Es beruht darauf, historische Klärung und Klarheit zu gewinnen und die überkommene Doppelbödigkeit hinter sich zu lassen. Dafür können die Diskussionen in Kassel viele Anregungen bieten.

Prof. (em.) Dr. Theo Schiller

Literaturhinweise

- Frei, Norbert: *Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945*, Frankfurt/M.-New York 2001.
- Kleinert, Hubert: *Die NS-Vergangenheit ehemaliger politischer Funktionsträger im Landkreis Marburg-Biedenkopf*. Bericht an den Kreisausschuss/Kreistag Marburg-Biedenkopf. Marburg 2014.
- NS-Vergangenheit ehemaliger hessischer Landtagsabgeordneter*. Dokumentation der Fachtagung am 14. und 15. März 2013 im Hessischen Landtag. Hrsg. von Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags, Wiesbaden und Marburg 2014.
- Schneider, Sabine; Conze, Eckart; Flemming, Jens; Krause-Vilmar, Dietfrid: *Vergangenheiten. Die Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen, Branner und der Nationalsozialismus*. Marburg 2015.
- Schuster, Armin: *Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954*. Wiesbaden 1999.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juli 2015

Tagesordnungspunkte 8.1 bis 8.4

**Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler
Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner**

Redebeiträge

**der ersten Redner der Fraktionen und von
Oberbürgermeister Bertram Hilgen
in der Reihenfolge ihrer Wortmeldung**

Dr. Günther Schnell, Vorsitzender SPD-Fraktion

Dieter Beig, Vorsitzender Fraktion B90/Grüne

Dr. Michael von Rüden, Stadtverordneter CDU-Fraktion und
stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Axel Selbert, Vorsitzender Fraktion Kasseler Linke

Bernd W. Häfner, Vorsitzender Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler

Frank Oberbrunner, Vorsitzender FDP-Fraktion

Dietmar Bürger, Stadtverordneter SPD-Fraktion

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juli 2015

Tagesordnungspunkte 8.1 bis 8.4

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner

Redebeitrag (gekürzt)

Dr. Günther Schnell

Vorsitzender der SPD-Fraktion



Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,

seit einiger Zeit beschäftigen wir uns mit den Erkenntnissen der Studie zu den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister.

Die emotionale Debatte um die drei Lebensläufe zeigt, wie sehr wir noch heute damit beschäftigt sind, das Geschehene aufzuarbeiten. Die SPD in Kassel hat sich dieser Aufgabe gestellt. Wir tragen das Selbstverständnis einer Partei in uns, die schon früh das gefährliche Potential der nationalsozialistischen Bewegung erkannt, die sich konsequent für die Weimarer Republik stark gemacht und diese mit Otto Wels bis in die letzte Sekunde verteidigt hat.

Aber nicht nur dieser Tradition sind wir verpflichtet. Wir haben auch unseren drei ehemaligen Oberbürgermeistern und deren Angehörigen gegenüber eine Verpflichtung. Uns trifft die Aufgabe, anhand der Faktenlage eine gerechte Beurteilung der Rolle der drei Oberbürgermeister vorzunehmen, soweit dies überhaupt anhand der vorliegenden Fakten und der Quellenlage möglich ist.

Bevor ich nun zur Begründung der einzelnen Punkte unseres vorliegenden Antrages für meine Fraktion komme, möchte ich folgende **drei** allgemeingültige Schlüsse aus der Studie ziehen:

1. Für alle drei untersuchten Oberbürgermeister gilt, dass ihnen keine direkte Beteiligung an Kriegsverbrechen nachgewiesen werden konnte.
2. Anhand der Quellenlage lassen sich nicht alle Fragestellungen befriedigend rekonstruieren. Motivationen, persönliche Verhaltensweisen und Einstellungen in der Zeit von 1933 - 1945 waren und sind größtenteils nur den drei Oberbürgermeistern bekannt.
3. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass es sich bei den drei Lebensläufen von Seidel, Lauritzen und Branner mit all ihren Kontinuitäten und Brüchen, mit ihrer Geschlossenheit und ihren Widersprüchen, um drei deutsche Normalbiografien des 20. Jahrhunderts handelt. Sie haben von 1933 bis 1945 mitgemacht, sie

haben dann in der jungen Demokratie der Bundesrepublik ihren Platz gefunden, aber sie haben die Auseinandersetzung mit ihrer Rolle im 3. Reich gescheut, wie so viele.

Ausgehend von diesen Feststellungen haben wir Kasseler Sozialdemokraten den ernstgemeinten Ansatz, uns mit den Biografien unserer Oberbürgermeister auseinanderzusetzen. Wir drücken uns weder vor der Diskussion, noch vor der Entscheidung.

Wir alle können die vorliegenden Ergebnisse nur mit einem Abstand von 70, zum Glück, friedlichen und demokratischen, Jahren beurteilen. Wer von uns könnte definitiv sagen, wie er oder sie sich an gleicher Stelle entschieden hätte? Wer von uns kann nachvollziehen, unter welchem Druck jeder einzelne gestanden hat und wie leicht es gewesen sein mag, der Versuchung nachzugeben und sich dem menschenfeindlichen System des Nationalsozialismus anzuschließen?

Nachdem wir in der SPD aber auch in der Fraktion diese Umstände abgewogen haben, kommen wir mehrheitlich zu folgender Handlungsempfehlung, die ich Ihnen gern begründen möchte.

Im Falle des ersten Oberbürgermeisters nach dem Krieg, Willi Seidel, bitten wir den Magistrat, dem Ortsbeirat Unterneustadt vorzuschlagen, eine Rückbenennung des Willi-Seidel-Hauses vorzunehmen. Gerade in der Biografie und Person Willi Seidels gibt es viele offene Fragen, die uns zu diesem Vorschlag bewegen. Aus unserer Sicht spricht vieles dafür, dass er weder Mitglied der NSDAP war, noch dieser inhaltlich sehr nahe stand. Eine öffentliche Parteinahme für die Machthaber in der Zeit von 1933 bis 1945 lässt sich nicht feststellen.

Dennoch ist seine Rolle in der Verwaltung, in der er sein Tun anscheinend nicht hinterfragte, kritisch zu sehen. Willi Seidel war ein typischer preußischer Verwaltungsbeamter seiner Zeit. Er war Befehlsempfänger und hat das getan, was von ihm verlangt wurde, darunter auch Dinge, die aus heutiger Sicht nicht toleriert werden können.

Wir empfehlen heute gerade wegen der offenen Fragen und ungenauen Quellenlage die Rückbenennung des Willi-Seidel-Hauses. Und das nicht, weil wir Willi Seidel vorverurteilen wollen, sondern wir wollen vielmehr mit der Rückbenennung vermeiden, dass ein Jugendhaus, ein Ort sozialer und politischer Orientierung für junge Menschen, aufgrund seines Namensgebers zukünftig Gegenstand einer Diskussion wird, die weder dem Ort, noch dem Namensgeber gerecht werden kann.

Die Person Lauritz Lauritzen ist, wenn man meine eigenen Maßstäbe heranzieht, kein zentraler Bestandteil der heutigen Diskussion. Dennoch soll sie kurz beleuchtet werden, um den letzten Punkt unseres Antrags zu begründen. Nach Lauritzen wurden keine Orte in der Stadt benannt, noch erhielt er besondere

Ehrungen, die wir heute zu diskutieren haben. Lauritzen war bis 1933 und nach 1945 Sozialdemokrat. Er entschied sich nicht für den Widerstand, sondern vollzog, wie viele andere auch, eine gewisse Anpassung an das Regime, wenn auch ohne dort besonders herausragende Positionen innegehabt zu haben. Diese typische Biographie, sein Verhalten, die Erkenntnisse aus der Studie, müssen in seinen Lebenslauf auf der städtischen Website integriert werden, damit die überarbeitete Fassung ein vollumfängliches Bild von ihm sicherstellt. Gleiches gilt natürlich für die Oberbürgermeister Willi Seidel und Dr. Karl Branner.

Mit Dr. Karl Branner diskutieren wir im Rahmen der Studien über einen Oberbürgermeister, der in Kassel besonders hohes Ansehen genossen hat und heute noch genießt. Deshalb hat man ihm zahlreiche Ehrungen zu teil werden lassen, die nicht nur von Sozialdemokraten initiiert wurden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass gerade über seine Person und seine Rolle im Nationalsozialismus in der Stadtgesellschaft besonders heftig diskutiert wurde.

Die Empfangshalle der Stadt Kassel vor dem Zimmer des Oberbürgermeisters trägt aktuell seinen Namen. Hier sehen wir die Notwendigkeit, die Namensgebung abzuändern, da die Halle als Veranstaltungsraum für Empfänge und Ehrungen mit einem Namen versehen sein muss, der nicht zu Diskussionen führt. Jede Bürgerin und jeder Bürger unserer Stadt muss mit einem guten Gefühl an einer Veranstaltung in diesen Räumen teilnehmen können. Allerdings sehen wir davon ab, einen neuen Namensvorschlag für die Halle zu machen. Es wäre ein falsches, wenn nicht sogar fatales Signal, den Namen Branners aufgrund seiner Brüche zu tilgen und durch einen anderen Namen zu ersetzen. Der Schaden für beide Personen wäre immens groß.

Bei der Karl-Branner-Brücke schlagen wir Ihnen bewusst ein anderes Verfahren vor. Mehrheitlich sind wir hier für die Beibehaltung der Namensgebung. Wie Sie wissen, haben wir in unserer Fraktion die Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt freigegeben, so dass im Verlaufe der Diskussion auch eine Gegenmeinung von Mitgliedern meiner Fraktion dargestellt werden wird.

Die Mehrheit der SPD-Fraktion ist der Meinung, dass eine komplette Tilgung aller drei Namensgebungen das ausblenden würde, was ich bereits zuvor gesagt habe, nämlich, dass es sich hier um Normalbiografien des 20. Jahrhunderts handelt. Millionenfach haben Menschen mehr oder weniger aktiv in diesem Land dazu beigetragen, dass der Nationalsozialismus funktionieren konnte. Millionenfach haben die Menschen aber auch festgestellt, welches Unheil daraus entstanden ist.

Alle drei Kasseler Oberbürgermeister haben sich in ihrer Aufbauleistung einer völlig zerstörten Stadt Verdienste erworben und alle drei haben aber auch ihre ganz persönliche Biografie in der Zeit des Nationalsozialismus. Das kann man nicht weg diskutieren und das kann man auch nicht mehr tilgen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
heute sprechen wir allzu oft vom lebenslangen Lernen als wichtigen Bestandteil der gesellschaftlichen Entwicklung. Dies müssen wir auch den Generationen vor uns zugestehen. Viele Menschen haben sich persönlich von 1933 bis 1945 schuldig gemacht, manche mehr, manche weniger. Dazu gehören Taten, die wir heute weder verstehen, noch tolerieren können und andere, die aus heutiger Sicht vielleicht eher verständlich sein mögen. Wir müssen hier erkennen, dass nicht jede Schuld gleich schwer wiegt und dass jeder/jede Einzelne schon während und vor allem nach der Zeit des Nationalsozialismus dazu gelernt haben kann.

Gerade die Person von Karl Branner steht für eine Mehrzahl der Menschen in diesem Land, zu dieser Zeit. Er hat - aus welchen Gründen auch immer - mitgemacht. Er hat aber anscheinend während des Krieges erkannt, dass er einen Fehler gemacht hat und hat sich nach dem Krieg gewandelt. Er hat dazu gelernt. Er hat seine Verstrickungen zugegeben und hat gleichzeitig nicht darüber geredet. Wie so viele in dieser Zeit. Er hat, über die Vergangenheit schweigend, versucht, seinen Teil dazu beizutragen, dass sich die Demokratie verfestigen kann. Gerade deswegen sieht ein großer Teil unserer Fraktion auch die Notwendigkeit, einen Ort in der Namensgebung so zu belassen, wie er ist. Wir müssen unsere Geschichte verstehen und akzeptieren können, nur dann können kommende Generationen begreifen, wie es zur Machtübernahme der Nationalsozialisten kam und wie sich unsere Demokratie von einer wackeligen zu einer standfesten Brücke entwickeln konnte.

Ich bitte Sie deshalb an dieser Stelle, unserem Antrag in der vorliegenden Form zuzustimmen, damit mit der Karl-Branner-Brücke ein Ort erhalten bleibt, an dem Geschichte, an dem eine Biografie unter Millionen, erfahrbar, erlebbar und erlernbar wird.

Abschließend ist es uns wichtig, dass es sich hierbei am heutigen Tage nicht um eine parteipolitische Auseinandersetzung handelt, sondern um eine historische Auseinandersetzung mit einem Stück Kasseler, mit einem Stück deutscher Geschichte. Darum hoffen wir auch darauf, dass sich möglichst viele Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung dieser Sichtweise anschließen und auf eine sachliche, historisch angemessene, Diskussion einlassen.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juli 2015

Tagesordnungspunkte 8.1 bis 8.4

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner

Redebeitrag

Dieter Beig

Vorsitzender der Fraktion B90/GRÜNE



Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich rede hier als Vertreter der GRÜNEN Fraktion, aber auch als Dieter Beig, der die Geschichte vermutlich anders verarbeitet als die Generationen nach mir und die vor mir tun. Deshalb sind meine Ausführungen auch subjektiv geprägt, und das geht auch nicht anders. Es ist deshalb auch eine ethisch-moralische Diskussion. Nicht jeder wird sich darin wiederfinden, aber für unterschiedliche Bewertungen sollten wir uns Zeit in der Debatte nehmen.

Es geht heute um die Bewertung der Ehrungen der Oberbürgermeister Willi Seidel und Karl Branner: Karl-Branner-Halle, Willi-Seidel-Haus und Branner-Brücke. Es geht nicht darum, ob wir in der NS-Zeit anders, besser, mutiger gewesen wären, sondern wie wir das Handeln von Menschen aus ihrer Zeitgeschichte heraus bewerten, ohne zu verurteilen oder besserwisserisch zu sein oder wie es Hans Eichel 1988 (aus Anlass der 50. Jahrestages der Pogromnacht) ausdrückte: „Selbstgerechtigkeit und Dünkel helfen da wenig.“ Allerdings urteilen wir mit unserem heutigen Wissenstand!

Den Sinn von ‚Aufarbeitung‘ von Geschichte definierte der Philosoph Theodor Adorno: **„Aufarbeitung von Geschichte zielt auf die Gegenwart, sie soll die Gesellschaft befrieden, Demokratie und Rechtsstaat stärken, sie soll das Vergangene im Ernst verarbeiten, seinen Bann brechen durch helles Bewusstsein.“** (Theodor W. Adorno)

Zuvor müssen wir drei Fragen beantworten:

- Gibt es objektivierbare Kriterien für „Ehrungen“?
- Und gibt es Kriterien, wie der Mensch mit seiner individuellen Schuld umgehen soll?
- Und wer kann diese Schuld vergeben?

Kurt Schumacher – ein Opfer der Naziherrschaft – tat dies kurz nach dem Krieg, indem er 1947 in einer Radioansprache alle „Hitlerjungen“ von Schuld freisprach und die Unterdreißig-jährigen, das heißt zum Zeitpunkt seiner Rede, die Jahrgänge

nach 1917. Sofern sie keine Kriegsverbrechen begangen hatten. Mein Vater, Jahrgang 1917, nach eigener Aussage überzeugter Nationalsozialist, wäre vielleicht durch Kurt Schumacher entlastet worden.

Wenn man also dieses Kriterium von Kurt Schumacher anlegt, dann muss man Willi Seidel und Karl Branner heute anders beurteilen als zum Zeitpunkt der Erteilung ihrer Ehrungen. Aber wie?

Die Autoren der Studie „Vergangenheiten“ machen einen Vorschlag, nach dem **nicht** deren Parteizugehörigkeit zur NSDAP, sondern ihr Handeln im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit entscheidend sein sollen: Gab es für die Oberbürgermeister eine aufrichtige Erinnerungs- und Gedenkkultur, sowie Zeichen von Selbstreflexion. Wie sah ihre Personalpolitik im Nachkriegsdeutschland aus? Wir haben uns dieser Auffassung angeschlossen und versucht, daraus eine Bewertung zu erschließen.

Doch werfen wir zunächst einen Blick in die Zeit nach 1945. Das Tausendjährige Reich besiegt, Millionen Tote, zerstörte Städte, die einstigen Helden tot, in Gefangenschaft oder als gedemütigte Besiegte zu ihren Familien zurückkehrend, in denen inzwischen die Frauen das Sagen hatten. Nach dem Gefühl der Deutschen war keine Befreiung durch die Alliierten geschehen. - Dies aussprechen konnte für die Bundesrepublik erst Richard von Weizsäcker im Jahre 1985 zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa. Und selbst er sprach relativierend vom Volk, das „ein Werkzeug in den Händen Hitlers“ war.

Die Bevölkerung war nach '45 mit Aufbauarbeiten beschäftigt und blickte ausschließlich nach vorn. Letztendlich fühlten sich die meisten Deutschen als Opfer und nicht als Täter, die von ein paar wenigen verführt worden waren.

Schuldanerkenntnis gab es 1945 – soweit mir bekannt – nur durch die Kirchen; mit der „**Stuttgarter Erklärung**“ vom Oktober 1945. Gegen die aufkommende Kollektivschuldthese der Siegermächte ging Kurt Schumacher vehement vor. Er machte die Welt darauf aufmerksam, dass viele seiner Genossinnen und Genossen im Widerstand gegen Hitler in den Konzentrationslagern gesessen hatten und viele nicht überlebten. Er reklamierte das „gute“ Deutschland.

Insgesamt, und das will ich damit ausdrücken, herrschte nach dem Krieg keine Stimmung, in der sich die Deutschen als Täter fühlten und die Opfer um Verzeihung gebeten hätten.

Soviel muss man, glaube ich, sagen, um das Verhalten der drei Nachkriegs-Oberbürgermeister einordnen zu können.

Ob also **Willi Seidel** (OB von 1945 - 1954) in der NSDAP war, spielt nach unserem Beurteilungsraster, wie ich es oben erläutert habe, keine Rolle. Ich stütze meine folgenden Aussagen auf die Studie, die Sie gelesen haben. Willi Seidel war während

der NS-Zeit als leitender Beamter in der Stadtverwaltung. So war er u. a. für die Verwaltung der Kriegsgefangenenlager für Ausländer zuständig (ein System von Terror und Unterdrückung, S. 19). Ebenso war er für die Einrichtung von „Judenhäusern“ zuständig. Seidel macht sich für die Rehabilitierung mehrerer NS-belasteter Beamten stark; für Beamte, die von den Nazis aus dem Amt gejagt wurden, setzte er sich hingegen nicht ein.

Bernhard Ahrens (SPD-Bezirk-Hessen Nord) bemerkte 1952 zu Seidels Personalpolitik: „Die Renazifizierung der öffentlichen Verwaltung hat allgemein bedenkliche Formen angenommen...“ (46) Willi Seidel wollte auch Juden und andere Nazi-Opfer zu Arbeitsdiensten für den Wiederaufbau nach 1945 verpflichten. In Reden von Seidel lassen sich „kaum Erleichterung über das Ende der Diktatur oder Freude über die Einführung der Demokratie finden“ (37). Im Nachlass von Seidel lasse er nicht erkennen, dass Kriegsgefangene und Fremdarbeiter Opfer des Krieges waren (50). Ausdrücklich merkt die Studie an, dass Willi Seidel ab 1947 die Demokratie bejahte. (40).

Karl Branner (OB von 1963 - 1975) fiel unter die Spätheimkehreramnestie. Karl Branner sieht sich selbst als Opfer und Widerstandskämpfer (Die Bestrafung seiner „Wehrkraftzersetzung“ endet im „Stubenarrest“.) Jens Flemming, Mitautor, sah bei der Vorstellung der Studie im Bürgersaal im Bekenntnis zum SOZIALISMUS eine Kontinuität bei Karl Branner: National-Sozialismus, kommunistischer Sozialismus in der jugoslawischen Gefangenschaft und dann gewerkschaftlicher Sozialismus in der SPD.

Branners Dissertation, die 1963 kurz in der Diskussion war, stellte die Ziele der nationalsozialistischen Steuerpolitik in den Mittelpunkt. Steuerzahlung sei, so schrieb er, ein „*Akt der Gefolgschaftstreue gegenüber meinem Führer*“. Die Arbeit war damals Ausdruck der wissenschaftlichen Begründung einer Steuerpolitik, die die Ausraubung der jüdischen Bevölkerung legitimieren sollte: Jüdische Gewerbebetriebe wurden unter Schätzwert enteignet und zum Verkehrswert an deutsche Käufer übertragen, so auch in Kassel. (Der NS-Staat erzielte so reichsweit eine Milliarde Reichsmark.)

Wie die meisten Bürger der Bundesrepublik damals umschreibt auch Karl Branner den Nationalsozialismus, verschwieg oder leugnete Mitverantwortung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung usw. (158). Noch 1957 bezeichnet er Gewaltenteilung als "liberalistisch". Er lädt 1958 trotz Warnung von Genossen Nazi-Wissenschaftler zum Kongress nach Kassel ein. Er stellte ehemalige Nazi-Aktivisten an hervorgehobener Stelle der Stadtverwaltung ein (160). Er vertuschte, so gut es ging, seine Vergangenheit. Wie viele Bürger baute sich auch Karl Branner neben der realen eine konstruierte Vergangenheit auf. (170)

Haben Willi Seidel und Karl Branner Schuld auf sich geladen?

Ich denke ja, wie Millionen andere Deutsche auch. Wie mein Vater und vermutlich viele von Ihren Verwandten, verehrte Stadtverordnete. Beide Oberbürgermeister

waren keine Schlächter und Sadisten, haben vermutlich niemanden getötet oder gefoltert. Sie trugen mit ihrem Handeln zum Funktionieren des Unrechtsstaates bei.

Im Christentum gibt es eine göttliche Vergebung durch Reue und Buße, Voraussetzung ist das Eingeständnis der begangenen Schuld. Satisfactio operum, tätige Wiedergutmachung. Die haben bestimmt Willi Seidel und Karl Branner geleistet, contritio oris, öffentliches Eingeständnis von Schuld, nicht. Und vergeben können nicht wir, vergeben könnten nur die Opfer.

Wen soll man ehren? Das war die Ausgangsfrage. – Verkürzt gesagt, diejenigen, die mit ihrer ganzen Persönlichkeit Vorbild sein können für künftige Generationen. Beide Oberbürgermeister hatten, wie es Thomas Schmid in der WELT vom 2. Juli dieses Monats ausdrückte: „... kein Gespür, keine Sensibilität für den furchtbaren Zivilisationsbruch, den Nazi-Deutschland unter ihrer Mitwirkung oder Duldung bewerkstelligt hat“.

Die Generation der „Kriegskinder“ musste "die Last des Verschweigens" tragen, wie es Prof. Heinz Bude (UNIK) beschreibt. (Heinz Bude, Bilanz der Nachfolge) Hans Eichel und Prof. Eike Hennig gehören dieser Generation an. Warum gab es diese „Schweigegemeinschaft“ bis weit in die 60er Jahre hinein? Eike Hennig gab auf der Veranstaltung im Bürgersaal eine Antwort. Als damalige Jungsozialisten, Hans Eichel mit in die Verantwortung nehmend sagte er: „Wir haben damals nicht nachgefragt.“

Heute, mit noch größerer Distanz können wir das tun. Dank der Studie wissen wir heute mehr und wollen vielleicht auch mehr wissen. Es wird so sein, wie **Heinrich August Winkler** im Deutschen Bundestag aus Anlass des 70-jährigen Endes des Zweiten Weltkrieges sagte: „...**Abgeschlossen ist die deutsche Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit nicht und wird es auch niemals sein.**“

Aus oben ausgeführten Gründen sehen wir in Willi Seidel und Karl Branner **keine Vorbilder**. (Prof. Rudolf Messner machte dies im Scheidemann-Haus deutlich.) Deshalb sind wir für die Aberkennung der Ehrungen: Willi-Seidel-Haus, Karl-Branner-Saal und Karl-Branner-Brücke.

Mit dieser Haltung stellen wir ihre Verdienste, die sie sich für die Stadt Kassel erworben haben, nicht in Frage. Infrage stellen wir auch nicht, dass sie sich, wie es die Studie anmerkt, in langen "Anpassungs-, Wandlungs- und Lernprozessen zu Demokraten entwickelt" hatten. – Dies wird in unserem Antrag auch deutlich.

(Die Zahlen in Klammern geben die Seitenzahlen aus der Studie „Vergangenheiten“ an.)

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juli 2015

Tagesordnungspunkte 8.1 bis 8.4

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner

Redebeitrag

Dr. Michael von Rügen

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordneter der CDU-Fraktion



Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Debatte um die ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Branner, Lauritzen und Seidel ist eine Auseinandersetzung über den angemessenen Umgang mit diesen Persönlichkeiten jetzt und in der Zukunft.

Diese Auseinandersetzung konfrontiert uns heute mit der Frage:

Was leben wir den jungen Menschen vor?

Welche Leitbilder geben wir ihnen?

Können wir jemanden zum Leitbild machen, der sich als, wendiger Alt-Nazi oder als hemmungsloser Opportunist erwies?

Die Jungen - und darüber hinaus große Teile der Stadtbevölkerung - beobachten uns alle sehr genau.

Wirklich überzeugen werden wir sie nur, wenn wir ihnen unsere eigene Verantwortung glaubhaft vermitteln.

Wir müssen deutlich machen, warum wir die Aberkennung der Ehrenerweisungen für notwendig halten. Diese Ehrenerweisungen erfolgten damals in Unkenntnis dessen, was wir heute wissen.

Dass wir post mortem entscheiden müssen, erschwert unsere Verantwortung, entbindet uns jedoch nicht von der Verpflichtung zu handeln.

Am deutlichsten werden die Verwerfungen und Brüche des Lebens an der Biografie von Dr. Karl Branner.

Ich kannte Branner recht gut. Im Frühjahr 1989 war ich Leiter der Goetheschule und führte mehrere intensive Gespräche mit ihm. Sie dienten der Vorbereitung des 100jährigen Jubiläums der Goetheschule, deren Schüler Branner gewesen war.

Wie viele seiner Mitschüler, hatte er sich in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einem Jugendbund angeschlossen, um dort in aller Freiheit die Kräfte zu pflegen, die in ihm lebendig waren.

Er überreichte mir eine alte Festschrift aus dem Jahr 1929, erschienen zum 40jährigen Jubiläum der Schule.

In dieser Festschrift stand ein Artikel des Oberprimaners Karl Branner, in dem er folgende Gedanken äußerte:

"Wir wollen im und am neuen Staat arbeiten!

Arbeiten an der sozialen Frage!"

Und Branner weiter:

"Achten wir unsere Klassiker, aber vergessen wir nicht, dass mehr als ein Jahrhundert seitdem vergangen und die Zeit nicht stehen geblieben ist.

Die **junge** Dichtergeneration ringt ernsthaft mit der Zeit. Unterstützen wir sie, indem wir ihre Spiele aufführen, indem wir gleichzeitig **unsere** Zeit spielen."

Der junge Branner fordert hier also eine Umsetzung von aktuellen Ideen in programmatisches Handeln.

Dieses Denken scheint ihn zeitlebens beeinflusst zu haben.

Dabei unterschied er offenbar nicht zwischen der weitgehenden persönlichen Freiheit, wie er sie in seiner Schulzeit in der Weimarer Republik erleben durfte, und dem geistigen Klima der Gleichschaltung und Einschüchterung, das ihm im Nationalsozialismus widerfuhr.

Branners Kontinuität war es, wie die Historikerin Sabine Schneider kürzlich formulierte, „immer auf der richtigen Seite zu stehen“.

Wie anders könnte man die vielen von der NS-Ideologie durchtränkten Ausführungen in seiner 1940 erschienenen Dissertation "Wesen und Zweck der Besteuerung" verstehen?

Ein Beispiel möge dies verdeutlichen. In dem Kapitel "Die neue Gestalt der Steuer" schreibt Branner:

"An die Stelle der Auffassung der Steuer als "notwendiges Übel" tritt damit die Anschauung, dass sie eine notwendige Leistung des Einzelnen an die Volksgemeinschaft; deren Glied er ist, darstellt . . .

Sie wird so zu einer wirklichen Gemeinschaftsleistung, zu einem „Akt der Gefolgschaftstreue" gegenüber dem durch den Führer geführten Volke."

Aussagen wie diese werden immer wieder ergänzt durch Zitate aus Hitlers "Mein Kampf" und aus Hitlers Parteitagsreden.

Besonders abstoßend wirkt Branners Anmerkung im Literaturverzeichnis: "Verfasser, deren jüdische Abstammung feststeht, sind durch einen Stern gekennzeichnet."

Es würde zu weit führen, hier weitere Details aus Branners Lebensgeschichte zu nennen, wie z. B. seine äußerst zweifelhafte Rolle in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft.

Jeder möge es nachlesen in der verdienstvollen Arbeit der Autoren Schneider, Conze, Flemming und Krause-Vilmar.

Als Fazit ergibt sich, dass Dr. Branner wie die ganze Generation den gesellschaftlichen Zwängen seiner Zeit unterworfen war. Der Zufall des Geburtsdatums bringt es mit sich, dass spätere Generationen der Verstrickung in Schuld entgangen sind.

Karl Branner war sicher kein Täter aus der ersten Reihe, aber in überdurchschnittlich hohem Maße dem NS-System verbunden.

Demgegenüber stehen die unumstrittenen Verdienste in seiner Amtsführung als Oberbürgermeister.

Aus diesen Gründen will die CDU-Fraktion keine "damnatio memoriae", keine Verdammung des Andenkens, wie sie im Römischen Reich oder etwa unter Stalin üblich war.

Der radikale Schnitt der Linken ("Ehrungen von Unehrenhaften") kommt einer solchen Verdammung gleich!

Wir plädieren hingegen für die Aberkennung der Ehrenerweisungen mit Ausnahme der Brücke, wie wir es als erste Partei bereits am 1. Juli 2015 in der HNA vorgeschlagen haben.

Das heißt konkret:

- Umbenennung der Karl-Branner-Halle im Rathaus,
- Umbenennung des nach dem ebenfalls stark belasteten Oberbürgermeisters Willi Seidel benannten Hauses an der Fuldabrücke,
- Errichtung einer Hinweistafel an der Branner-Brücke über der Fulda.

Weil sich der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion im Wesentlichen mit unseren Vorschlägen deckt, werden wir ihm zustimmen.

Die Anträge der anderen Fraktionen werden wir ablehnen.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juli 2015

Tagesordnungspunkte 8.1 bis 8.4

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner

Redebeitrag

Axel Selbert

Vorsitzender der Fraktion Kasseler Linke



Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Faschismus ist 1933 nicht vom Himmel gefallen.
Seit hunderten Generationen waren die Deutschen aufgewachsen mit den
Untugenden der Obrigkeitstreue und Unterwürfigkeit gegenüber gesellschaftlichen
Autoritäten und dem Glauben an eine höhere Fügung. Sie folgten von klein auf
zweifelhaften Sekundärtugenden wie Disziplin, Gehorsam, Ehre, die ihnen ein
Klarkommen in der preußischen Militär- und Staatsorganisation ermöglichten.

Schon in der deutschen Kolonialgeschichte wurde Völkermord geübt und als
Heldentat gefeiert, man denke an die heute noch zu hunderten verbreiteten
Straßennamen der Mörder der Herrero und der Massai mit ihrer Parole
„Gefangene werden nicht gemacht!“

Die Zeit der Demokratie in den 20er Jahren in Deutschland brachte wirtschaftlich,
technisch, kulturell und sozial massive Umbrüche und neue Entwicklungen. Es war
daher verständlich, dass nach patriarchalisch alter Ordnung erzogene Menschen,
die in der Weltwirtschaftskrise von Verarmung betroffen oder bedroht waren, auf
komplizierte Fragen einfache Antworten suchten und sich eine Führung
wünschten. Die Nazis bedienten derartige Wünsche.

Das reelle Vorbild des Führerstaats hingegen entsprach einem imperialen
Absolutismus, der durch keine Beteiligungsrechte beschränkt war. Es war
konsequent, dass nach der Machtergreifung auf allen gesellschaftlichen Ebenen
keinerlei Wahlen mehr zugelassen wurden. Über allen Sach- und
Personalentscheidungen stand die Gefolgschaftstreue an oberster Stelle.

Ein Deutschland ohne gewählte Arbeiterorganisationen und Arbeiterrechte stellte
auch eine quasi-paradiesische Verheißung für etliche Führer von Industrie und
Großkapital dar. Ohne deren Finanzspritzen hätte die NSDAP den
Organisationsaufbau vermutlich nicht zu Wege gebracht.

Der von Nazi-Deutschland begonnene 2. Weltkrieg als der Versuch der Eroberung, Unterwerfung, Verknechtung und Ausplünderung des Rests der Welt stellt sich als verschärfte Fortsetzung des wilhelminischen Imperialismus dar.

Seidel wie auch Branner und Lauritzen haben die sozialen Richtungsauseinandersetzungen in den 20ern und Anfang der 30er miterlebt. Sie wussten um den Wert freier Rede und freier Wahlen.

Seidel und Branner haben die Machtergreifung 1933 in Kassel miterlebt. Sie wussten, dass die Spitzen von SPD, KPD und Gewerkschaften sofort in der Breitenau interniert wurden bzw. gleich in Zuchthäusern verschwanden. Seidel hatte mitbekommen, dass der von den Nazis ungeliebte Oberlandesgerichtspräsident Dr. Heinrich Anz im Mai 33 von einem SA-Kommando heimgesucht wurde, um seinen Dienst sogleich durch „Selbstmord“ zu beenden. Seidel und Branner haben den wachsenden Terror gegen die als Juden ausgegrenzten Teile der Bevölkerung bis hin zur Kristallnacht miterlebt, deren Probelauf am 7.11.1938 in Kassel stattfand.

Zugestanden: nur wenige Menschen in Deutschland hatten das Zeug zum Widerstandskämpfer. Die Bedingungen dazu waren denkbar schwierig. Die, die nicht gleich inhaftiert worden waren oder ins Exil gingen, versuchten, durch notgedrungene Anpassung zu überleben.

Gezwungen, die Nazis aktiv zu stärken, war in den 30ern jedoch niemand. Kein Studierender war verpflichtet, eine Doktorarbeit zu schreiben. Noch weniger war er verpflichtet, in dieser Arbeit Nazi-Ideologie auszusülzen, um sich damit bei seiner Fakultätsleitung einzuschleimen, wie dies Karl Branner vorzuwerfen ist.

Auch Branner muss bewusst gewesen sein: Wenn die Staatsführung diktatorisch ist, kann auch die Verwaltung nie unpolitisch sein, sei es als Kommunalverwaltung, sei es als Steuerverwaltung.

Willi Seidel wurde schon im Jahr 1935 mit der Leitung der „Wehrwirtschaftspolitischen Abteilung“ der Stadt beauftragt. Was sonst als aktive Kriegsvorbereitung ist dies zu bewerten, war doch Deutschland in den 30ern von keinerlei äußeren Feinden bedroht?

Seidel hat, wie die Dokumentation ausführlich beschrieben hat, die seinerzeit so genannte „Entjudung“ unserer Heimatstadt aktiv mitverwaltet. Eine Auseinandersetzung mit ihrem Tun in der Nazizeit haben Seidel, Branner und Lauritzen nach dem Krieg auch im Ansatz nie öffentlich geführt. Das Geistesgut des Nationalsozialismus war mit Kriegsende im Mai 1945 nicht verschwunden. Es wurde verdrängt und verleugnet. Allenfalls Adolf Hitler hatte Schuld. „Aber es war auch nicht alles schlecht, was im 3. Reich geschah.“

Der Nationalsozialismus wurde als Naturkatastrophe behandelt, unter der Kassel ganz besonders gelitten hatte. Nachdem die Katastrophe vorüber war, haben Seidel, Branner und Lauritzen mitgeholfen, den Wiederaufbau zu organisieren. Und haben sich dabei in demokratische Strukturen recht schnell eingefunden und daraus auch ihre ganz persönliche Karriere gefördert.

Seidel und Branner waren in der NS-Zeit klassische Opportunisten. Welche Verdienste auch immer sie in der Nachkriegszeit in der Organisation des Wiederaufbaus gehabt haben, als Vorbilder und Namensgeber für öffentliche Einrichtungen taugen sie nicht.

Die Forderung der Kasseler Linken ist, es nicht bei der heutigen Debatte zu belassen.

Die Vita der namensgebenden Personen aller Straßen, Plätze, Einrichtungen und Ehrentitel ab der Kolonialzeit (Berliner Konferenz 1884) sollte wissenschaftlich bearbeitet werden. Das gleiche gilt für das Handeln von Stadtverordneten, Magistrat und leitenden Personen der Kommunalverwaltung im Nationalsozialismus und der Umgang damit in der Nachkriegszeit.

Beim Vorliegen von eklatantem moralischen Versagen und schwerer persönlicher Schuld können Ehrungen nicht weiter bestehen.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juli 2015

Tagesordnungspunkte 8.1 bis 8.4

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner

Redebeitrag

Bernd W. Häfner

Vorsitzender der Fraktion

Demokratie erneuern/Freie Wähler



Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,

die heutige Debatte ist der Abschluss einer längeren Diskussion in der Bürgerschaft und in den Fraktionen. Die Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler hat den Arbeitsgrundsatz, klar, kritisch und konsequent zu sein.

Unter dieser Leitlinie haben wir uns der Frage der Vergangenheiten dreier Kasseler Oberbürgermeister genähert.

Dabei lag, wie sicher bei vielen, unser Hauptaugenmerk auf der Vita von Dr. Branner, da er auch unter diesen drei Personen die meisten Ehrungen zu Lebzeiten, darunter auch die Ehrenbürgerschaft, erhalten hat.

Umso mehr verwundert es uns, dass die Ehrenbürgerschaft im Antrag der SPD nicht erwähnt wird. Wir jedenfalls halten auch eine Diskussion darüber für mehr als angebracht, denn unter dem Gesichtspunkt, eine Halle und eine Brücke umzubenennen, kann ja der Auftrag an die Wissenschaftler nicht gestanden haben.

Nein, wir wollten mehr über die Vergangenheiten dieser Oberbürgermeister erfahren und dann zu einem Urteil kommen.

Solche Diskussionen finden vergleichbar auch in anderen Städten statt. Wir wissen, dass die Auffassungen darüber stark auseinander gehen und von der Ablehnung einer solchen Diskussion, 70 Jahre nach den Naziverbrechen, bis hin zum Brechen des Stabs über den Einzelnen, alles aufgeführt wird.

Während bei Herrn Seidel nur die Frage der Umfirmierung des Hauses der Jugend ansteht, bei Lauritz Lauritzen keine postume Ehrung stattfand, sind die vielfachen Ehrungen, die Dr. Branner angenommen hat und auch nach seinem Tode erhalten hat, gesondert zu bewerten. Hier vor allem die Ehrung zum Ehrenbürger dieser, unserer Stadt.

Wir haben das Buch der Wissenschaftler mehrmals gelesen. Wir haben die Diskussionen verfolgt, die Leserbriefe und Gespräche zu diesem Thema. Wir haben die Aussage der Wissenschaftler gewichtet, die Person Branner vom Studium bis zum hauptamtlichen Magistratsmitglied, als von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Oberbürgermeister, versucht zu beurteilen.

Dabei meinen nicht nur wir, in der Persönlichkeit von Dr. Branner eine opportunistische Haltung erkennen zu können. Die, nennen wir es neutral, Anpassung an das Naziregime, belegt durch die Auswahl eines herausragenden Vertreters dieser Diktatur als Doktorvater, ist der Opportunismus, der sich durch das Leben von Herrn Branner zieht.

Nicht nur dieser Erwartung wurde er gerecht. Nein, er hat mit der Kennzeichnung jüdischer Autoren durch einen Stern schriftlich deutlich gemacht, dass diese Autoren außerhalb der Gesellschaft der sogenannten Volksdeutschen stehen. Wohlgermerkt diese Kennzeichnung war seine Entscheidung, die Universität hatte diese Auflage nicht gemacht. Die Arbeit selbst wird heute als mit völkischem Geist geschrieben bewertet.

Wir wollen uns die Bewertung nicht zu eigen machen, verkennen aber nicht die Tatsache, dass es Juristen waren, die, jeder an seiner Stelle, ob beim Steuerrecht, zum Beispiel bei der sogenannten Auswanderungssteuer, oder bei den Formulierungen der Texte der Nazi-Gesetze, bis hin zur Umsetzung dieser Gesetze im Volksgerichtshof. Es waren die Juristen, die die tragenden Säulen dieser Diktatur mit waren.

Natürlich gab es viele, die diesen Weg beschritten. Wir reden aber nicht hier über viele, wir reden hier über einen Ehrenbürger dieser Stadt.

Die Tatsache, dass sein Verhalten als opportunistisch bewertet wird, ist auch der Information geschuldet, dass Herr Branner sofort in der Kriegsgefangenschaft in Jugoslawien sich an die Spitze der Antifaschisten stellte und auch dort das tat, was die dortigen Machthaber von einer solchen Person in dieser Position erwarteten.

Seine Hinwendung dann zur in Deutschland aufzubauenden Demokratie ist wieder ein Schwenk, wenn auch für uns Demokraten diesmal in die richtige Richtung. Aber es zeigt wieder das Umschalten in der vorgefundenen Situation.

Wir haben uns dann die Frage gestellt, kann man das so lange nach den Naziverbrechen noch diskutieren? Und kamen gerade, weil es so lange her ist und heute andere Informationsmöglichkeiten vorhanden sind, zu dem Schluss, die jetzigen Informationswege begründen eine Neubewertung.

Wurde nach dem Krieg geschwiegen, verdrängt, in der persönlichen Vita von vielen nichts erwähnt, ist heute eine offene Gesellschaft in der Lage, rückwirkend den ganzen Menschen, seine Persönlichkeit, seine Taten unter einer erstarkten demokratischen Ordnung zu bewerten.

Im Fall von Dr. Branner kommen noch zwei Gesichtspunkte hinzu.

Das Verdrängen, Verschweigen, darüber Hinwegsehen wurde nach dem Krieg vor allem in den öffentlichen Bereichen versucht abzuwehren.

So konnte niemand bei der Stadt Kassel im Rathaus eine Stelle erhalten, bei dem nicht klar war, welche Rolle er in der Nazi-Zeit eingenommen hatte. Was für den kleinen städtischen Angestellten galt, wurde, warum auch immer, im Falle von Dr. Branner und seiner Arbeitsaufnahme im Rathaus versäumt. Auch als die Verleihung der Ehrenbürgerwürde anstand, fühlte sich niemand bemüßigt, hier nachzufragen.

Ehrungen und Orden im höheren bis höchsten Bereich verteilt die Politik sich gerne gegenseitig. Dabei fragt man sich manchmal, ob der Ausgezeichnete eigentlich denn nicht nur seine beruflichen Aufgaben erledigt habe? Sei es drum.

Wenn aber eine Ehrung, wie z.B. die Ehrenbürgerschaft vergeben wird, dann aber doch für die Person in ihrer Gesamtheit, nicht für Teilbereiche seines Schaffens.

Doch dann ist bei Dr. Branner auch gewiss, dass mit dem heutigen Wissen eine Wahl zum Ehrenbürger dieser Stadt so nicht vorgenommen würde.

Deshalb gehört diese wichtige Aussage auch in den Antrag, den wir heute beschließen. Wir haben kein Verständnis, dass in dem Antrag der SPD die Aussage zur Ehrenbürgerschaft völlig fehlt. Denn was soll die Rücknahme von Raum- und Ortbenennungen, wenn nicht die wesentliche Auszeichnung, die bereits zu Lebzeiten von den Bürgervertretern dieser Stadt ausgesprochen wurde, nicht einbezogen wird.

Ja, eine Ehrenbürgerschaft endet mit dem Tode des Geehrten. Aber die Würdigung bleibt bestehen. Deshalb sagen wir, wir bekennen uns zu den Erkenntnissen der Wissenschaftler. Mit deren Ergebnissen ist eine Ehrenbürgerschaft heute nicht mehr zu rechtfertigen.

Wir sind sicher, dieses Haus käme mit diesen Informationen nicht auf die Idee eine Ehrenbürgerschaft zu erwägen.

Diese Überzeugung steht für uns am Anfang aller Überlegungen zu dieser Fragestellung. Und sie muss postuliert werden.

Das sind wir als Fraktion unseren Leitlinien schuldig. Wir bleiben klar, kritisch, konsequent.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juli 2015

Tagesordnungspunkte 8.1 bis 8.4

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner

Redebeitrag

Frank Oberbrunner

Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion



Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute vor 71 Jahren, am 20. Juli 1944, scheiterte der letzte Versuch, Deutschland durch ein Attentat auf den Vollstrecker des Bösen schlechthin vor dem endgültigen Marsch in die größte Katastrophe seiner Geschichte zu bewahren.

Beteiligt waren Menschen aus allen sozialen Schichten und Parteien des deutschen Volkes, Männer und Frauen nach dem Herzen Gottes.

Ihr tragisches Scheitern und das Pathos der Vergeblichkeit wiegen moralisch so viel wie der Erfolg.

2. Auch die Biographien Seidels und Branners umweht ein Hauch von Tragik.

Warum führen wir einen Diskurs über die Verstrickungen Kasseler Oberbürgermeister in die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und die daraus entstehenden politischen Konsequenzen?

Nach unserer Auffassung hat eine umfassende Geschichtsaufarbeitung in unserer Stadt bisher nicht oder nur partiell stattgefunden.

Es ist das große Verdienst von Autoren wie Lengemann, Flemming, Krause-Vilmar, Schneider, Conze u.a., die persönliche Lebensleistung und den politischen Werdegang Kasseler Kommunalpolitiker betrachtet und analysiert zu haben.

Vielleicht waren bei der Kriegs- und Wirtschaftswundergeneration Abwehrmechanismen aus Schuldkomplex und Verdrängungsbedürfnis zu groß.

Vielleicht fehlten Mut, Wille und Zeit, diese historischen Analysen zu liefern, so dass es nun Sache der Kinder und Enkel der Kriegsgeneration ist, aus dem Schatten der Väter und Großväter herauszutreten und zu forschen.

3. Meine sehr geehrten Damen und Herren,

meine Fraktion hat grundsätzlich Verständnis für diese geschändete Generation, die in unterschiedlichen Staatsformen und in einem Terrorregime versucht hat, sich einzurichten, zu arrangieren und zu überleben.

Nur die Wenigsten sind Widerständler und zu höchstem Opfer bereit.

Die Generation unserer Oberbürgermeister wurde in den Sturm zweier Weltkriege hinaus geschickt. Sie wurde ihrer Jugend beraubt, verlor Glauben und Leben oder kehrte schwer verwundet oder traumatisiert zurück.

4. Nach der Lektüre der uns vorliegenden historischen Studie und nach mehreren Diskussionsabenden ergibt sich folgendes Bild:

Willi Seidel als funktionierender Bürokrat der Kasseler Kommunalverwaltung war an der Arisierung von Wohnraum wie an der Organisation von Kriegsgefangenenlagern beteiligt.

Karl Branner war unstreitig Mitglied in einer Vielzahl von exponierten NS-Organisationen.

Branners Dissertation offenbart absolute nationalsozialistische Linientreue oder sollte man sagen „Gefolgschaftstreue“, propagiert das Führerprinzip und kennzeichnet ohne Not Wissenschaftler jüdischer Abstammung mit einem Stern. Er wählt einen fanatischen Nationalsozialisten (Rath) als Doktorvater, der ihn zu einer extrem rassenbiologisch ausgerichteten antisemitischen Doktorarbeit geleitete.

Manifestiert sich hier eine Begeisterung für den Nationalsozialismus, die auch bei dem Altersgenossen Stauffenberg (Jg. 1907) anfangs anzutreffen war, der jedoch nach Ermächtigungsgesetz und Röhm Affäre frühzeitig eine kritische Position gegen das Regime eingenommen hatte?

Wohl nicht.

Branners Dissertation mit diesem Inhalt ist nicht als Jugendsünde eines Akademikers abzutun. Der aus einfachen Verhältnissen stammende Doktorand verinnerlicht die nationalsozialistische Ideologie, er will Karriere machen und wird deswegen zum Opportunisten reinsten Wassers.

Branner, der im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager von 1945-49 als Vorsitzender eines Antifa-Ausschusses der kommunistischen Ideologie anhing, hatte nach zahlreichen und überzeugenden Aussagen Jahre später heimgekehrter Kriegsgefangener seine Mitgefangenen in menschlicher und politischer Hinsicht schriftlich zu beurteilen.

Mit diesen Beurteilungen spielte Branner Schicksal und verursachte zahlreichen mitgefangenen Kriegskameraden eine um Jahre verspätete Repatriierung. Branner hat hier als Mensch versagt. Das ist verwerflich, moralisch missbilligenswert und als ein erhöhter Grad sittlicher Missbilligung letztlich amoralisch.

Er verstößt damit auch gegen Fürsorgeverantwortung und Kameradschaft, die Kernprinzipien unter Soldaten, die besonders während einer Kriegsgefangenschaft Geltung haben.

Ein Recht auf politischen Irrtum und Berufung darauf steht ihm nicht zu.

Die Barbarei auch und gerade in seiner Heimatstadt Kassel, die als Stadt der Reichskriegertage und besonders eifertigen Judenverfolgung nach der

Machtergreifung bekannt war, war deshalb für ihn spürbar, sichtbar und erlebbar, so dass irgendwelche Rechtfertigungs- oder Schuldausschließungsgründe für ihn nicht gegeben waren.

Aus allen diesen Gründen wäre die 1975 ausgesprochene Ehrenbürgerschaft aus heutiger Sicht nicht erfolgt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Kasseler Sozialdemokratie, meine Fraktion hat Verständnis für ihre Situation, insbesondere haben wir Verständnis für die „wilde Schwermut, die Sie bei der Erinnerung an Zeiten des Glückes ergreift“, in Annäherung an eine Sentenz aus Ernst Jüngers „Auf den Marmorklippen“.

Nach den vorliegenden Untersuchungsergebnissen gleicht der extreme, absolut übertriebene, aufgeblähte und byzantinische Personenkult um die Person Branners als kommunalpolitische Lichtgestalt einer Apotheose, und rechtfertigt weder die post mortem erfolgte „Karl-Branner-Halle“ nebst Portraitbüste noch die Namensgebung „Karl-Branner-Brücke“.

Die unterbliebene Auszeichnung mit der „Wilhelm-Leuschner-Medaille“ für außergewöhnliche Verdienste und Einsatz für die Demokratie ist ein Indiz dafür, dass den SPD-Mitgliedern die Vorbelastungen Branners über Jahrzehnte bekannt waren.

Von einer neuerlichen Namensgebung wird in beiden Fällen abgesehen.

Erinnerungstafeln entfallen. Eine puristische Lösung empfiehlt sich.

Oder soll darauf stehen: „Von 33-45 überzeugter Nationalsozialist, von 45-49 überzeugter Kommunist, anschließend überzeugter Sozialdemokrat“?

Die Lebensläufe der drei genannten Oberbürgermeister werden auf der städtischen Webseite entsprechend der Studie überarbeitet. Auf die Biographie der drei Herren kann im Stadtmuseum ebenfalls entsprechend der Studie hingewiesen werden.

5. Wenn die Stadt Kassel sich zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Weltoffenheit, Toleranz und Liberalität bekennen will, muss sie auch den Mut haben, Brücken, Straßen oder Häuser (Hallen/Räume) nicht nach Persönlichkeiten zu benennen, die sich durch Eitelkeit, Ehrgeiz, Gleichgültigkeit oder Opportunismus mit dem Nationalsozialismus gemein gemacht haben.

Die Wahrheit ist eine Tochter der Zeit. Die Akzeptanz von historischer Wahrheit kann peinigend sein. Sie trägt aber auch zur Selbstreinigung bei.

Nach dem 2. Weltkrieg wurden in Kassel zahlreiche Straßennamen, die auch nur entfernt an Preußen oder das Deutsche Kaiserreich erinnerten, mit sozialdemokratischen oder kommunistischen Namensträgern versehen und bauliche Restbestände, die die Umschmelzung der Stadt in dem Inferno der Bombennacht vom Oktober 1943 überstanden hatten, wegen angeblicher Nähe zur Restauration (Theater) abgerissen.

Wir müssen darauf achten, dass die in dieser Stadt seit Jahrzehnten betriebene Mahn-, Erinnerungs- und Gedenkkultur glaubwürdig bleibt und nicht der Eindruck gerade bei der jungen Generation entsteht, hier werde lediglich pharisäerhaft eine aufgesetzte Erinnerungskultur betrieben, die ablenken soll vom eigenen Versagen bei der Vergangenheitsbewältigung im Hinblick auf drei sozialdemokratische Oberbürgermeister.

Der SPD-Antrag vollzieht nur eine halbe Kehrtwendung. Das ist unglaublich und lässt die Jugend dieser Stadt sich mit Grausen abwenden von der Befassung mit Geschichte, so dass die Menschheitsverbrechen in der Zeit von 33-45 nach geraumer Zeit nur noch zu Fußnoten der Geschichte werden.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juli 2015

Tagesordnungspunkte 8.1 bis 8.4

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner

Redebeitrag

Dietmar Bürger

Stadtverordneter der SPD-Fraktion



Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die SPD-Fraktion trägt nach einer beispielhaften und fairen innerparteilichen Diskussion weitestgehend gemeinsam die Punkte 1, 2 und 4 unseres Antrages. Beim Punkt 3 unterscheiden wir uns in der getroffenen Bewertung. Die Gruppe der SPD-Stadtverordneten, für die ich hier spreche, ist nach reiflicher Überlegung in diesem einen Punkt zu einer anderen Auffassung als unsere Fraktionskollegen gelangt, nämlich der, dass die Karl-Branner-Brücke ebenfalls umbenannt werden sollte. Wir werden daher dem entsprechenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hierzu zustimmen.

Im Wesentlichen bewegen uns dazu 3 Gründe:

1. Die Bewertung der wissenschaftlichen Vita von Karl Branner

Karl Branners Doktorarbeit als Ausdruck seines wissenschaftlichen Denkens ist eine Legitimationsschrift für die nationalsozialistische Steuerpolitik, zu deren wesentlichen Charakteristika ein rassenideologischer Antisemitismus gehört. Branner lehnt in der Dissertation die Freiheit der Wissenschaft ab, er tritt dafür ein, dass die Wissenschaft dem Nationalsozialismus verpflichtet zu sein hat und plädiert für die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“. Er definiert die Steuerzahlung, als einen Akt der Gefolgschaftstreue gegenüber dem Führer. Die Arbeit ist in Text, Quellenauswahl, Fußnoten und Zitierweise eindeutig antisemitisch.

Es ist die Arbeit eines überzeugten Nationalsozialisten.

2 . Der Umgang von Karl Branner mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit

Karl Branner hat sich nach dem Krieg öffentlich nie seiner nationalsozialistischen Vergangenheit gestellt, sondern stattdessen versucht eine neue „Vergangenheit“ zu konstruieren. Vom Nationalsozialisten zum Widerstandskämpfer, vom Kommunisten zum Sozialisten und dann zum rechten Sozialdemokraten. Branners Kontinuität ist die des politischen Opportunisten gewesen.

3: Die historische Einordnung und der Vergleich zu anderen Sozialdemokraten

Ordnet man die politische Persönlichkeit von Karl Branner in den historischen Kontext ein, stehen dort ohne Zweifel auch viele Verdienste um seine Heimatstadt Kassel. Auch hat sich Branner in seiner Zeit als Stadtrat, Bürger- und Oberbürgermeister zum Demokraten gewandelt.

Aber reichen diese durchaus positiven Wandlungen in der Summe für eine besondere Ehrung, eine Brücke und eine Halle nach ihm zu benennen?

Wir meinen nicht!

Gerade die Geschichte zahlreicher von den Nazis ermordeter, oder vertriebener Sozialdemokraten mahnt uns dort besonders hinzuschauen. Beispielhaft dafür steht der Kasseler Oberbürgermeister Philipp Scheidemann. Er musste als Demokrat vor den Nazis fliehen und starb 1939 im dänischen Exil. An dieses Vorbild reicht Branner unserer Meinung nach nicht heran.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juli 2015

Tagesordnungspunkte 8.1 bis 8.4

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner

**Redebeitrag
Oberbürgermeister
Bertram Hilgen**



Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

als Auftraggeber der heute bereits mehrfach angesprochenen und diskutierten Studie, möchte ich Ihnen nach den intensiven Erörterungen, die wir zwischen der Vorstellung der Studie im Bürgersaal und heute an unterschiedlicher Stelle geführt haben, meine Sicht der Dinge und meine Einschätzung darlegen. Und ich denke, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt das Recht dazu haben, dies von ihrem direkt gewählten Oberbürgermeister zu erfahren.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, zeitnah nach Erscheinen des Buches „Kassel in der Moderne“ in 2013 – im Jahr unseres 1100sten Geburtstages unserer Stadt – wurde deutlich, dass die in dem Aufsatz der beiden Autorinnen Anne Belke-Herwig und Barbara Orth angedeuteten Befunde zu den ehemaligen Oberbürgermeistern und die damit verbundene öffentliche Diskussion eine vertiefende, wissenschaftliche Recherche der Biografien, insbesondere mit Blick auf den Zeitraum zwischen 1933 und 1945, erforderlich machten. Daraufhin hat die Stadt an den renommierten Geschichtslehrstuhl der Marburger Universität einen entsprechenden Auftrag vergeben und ihn begleiten lassen durch einen Fachbeirat aus den Kasseler Wissenschaftlern Herrn Professor Krause-Vilmar und Herrn Prof. Flemming. Sie sitzen hier unter unseren Zuhörern. Vielen Dank, dass Sie da sind und ein herzliches Willkommen von meiner Seite.

Die Ergebnisse dieser Studie, die uns seit Frühjahr dieses Jahres vorliegt und seither zu einer intensiven Diskussion gesorgt hat, haben nach meiner Einschätzung zwar keine fundamental neuen Befunde zu Tage gefördert, in der Gesamtschau sind sie jedoch außerordentlich wertvoll. Die Studie hat uns eine Reihe von Fragen beantwortet und vertiefte Einblicke in das politische Leben der drei genannten Kasseler Oberbürgermeister gegeben. Manche Fragen bleiben aber auch danach noch unbeantwortet, auch und gerade wegen der Quellenlage.

Die Zusammenfassung am Ende dieses Buches hat Herr Dr. Schnell bereits zitiert. Ich will dies dessen ungeachtet nochmals tun. Die Verfasser schreiben: “So begegnen uns in den Lebenswegen Willi Seidels, Lauritz Lauritzens und Karl

Branners drei deutsche Normalbiografien des 20. Jahrhunderts, die unausweichlich auch durch die Zeit des Nationalsozialismus geprägt waren und die, wenngleich in unterschiedlicher Weise, bei Willi Seidel und Karl Branner, weniger bei Lauritz Lauritzen, zu einer nationalsozialistischen Belastung führten.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bewertungen von Art und Ausmaß eben dieser Belastung, auch die nach den persönlichen Motiven Branners, Seidels und Lauritzens, haben in den zurückliegenden Wochen, Sie wissen das, eine manchmal sehr engagierte und zuweilen auch emotional geführte Debatte in unserer Stadt ausgelöst, bei der sich, wie es manchmal schien, grundlegende Positionen und Sichtweisen diametral und scheinbar unversöhnlich gegenüberstanden. Verbindendes Element der ganz verschiedenen Meinungsäußerungen schien mir aber zu sein, dass sie jeweils stark geprägt waren von Lebensgeschichten und dem Zugang des Einzelnen und vielleicht auch von den jeweils familiären Bezügen.

Dies zeigt, dass auch 70 Jahre nach Kriegsende der Verarbeitungsprozess des Dritten Reiches nicht abgeschlossen ist. Gleichzeitig macht es deutlich, wie wichtig es offenkundig ist, dass wir diese Diskussion, manch einer – nicht ich – mag sagen, noch immer miteinander führen. Und damit sind wir ja nicht allein. Vergleichbare Diskussionen gab es und gibt es in zahlreichen deutschen Städten, in Rüsselsheim, in Wolfsburg, in Konstanz, in den zurückliegenden Jahren, jeweils mit unterschiedlichem Ausgang.

Die zentrale Frage, die im Mittelpunkt der heutigen Debatte steht, ist die nach unserem aktuellen Umgang mit drei zentralen Persönlichkeiten der Kasseler Stadtgeschichte.

Können uns und vor allem auch den jungen Menschen, Karl Branner, Willi Seidel mit ihren Lebensleistungen und ihrem persönlichen Einsatz für das Gemeinwesen als Persönlichkeiten gelten, die unsere besondere Achtung und Ehrung verdienen. Die es verdienen, dass wir sie mit ausdrücklichen Gesten und Symbolen im kollektiven Gedächtnis der Stadt wach halten, obwohl wir davon ausgehen müssen, dass ihr Lebensweg Verfehlungen, Unterlassungen, Irrungen, Brüche und Schwächen aufwies. Oder verbietet sich uns mit Blick auf die deutsche Geschichte und angesichts millionenfachen Leides ganz grundsätzlich die Ehrbezeugung gegenüber Personen, die in welcher Form auch immer in das bestehende Nazisystem verstrickt waren, auch und gerade ungeachtet des weiteren Lebensweges, den sie genommen haben.

Schablonenhaftes Schwarz-Weiß-Denken hilft uns bei der Beurteilung aus meiner Sicht nicht weiter. Der Einzelfall verlangt nach individueller Ansicht und Bewertung.

Und zu fragen ist jeweils, ob die Menschen nachweislich Schuld auf sich geladen haben, indem sie andere an Leib und Leben oder in der Existenz geschädigt haben oder sie mit dem Beitritt zur Hitlergefolgschaft persönlich Vorteile verbanden?

Ging es um materiellen Einfluss, um Macht und Karriere? Und aus meiner Sicht: Wie ist das Verhalten nach dem Ende des Krieges zu beurteilen? All diese Fragen gilt es in eine Bewertung einzubeziehen. Und im Falle Karl Branners komme ich persönlich zu der Beurteilung, die ich bereits bei der öffentlichen Veranstaltung im Philip-Scheidemann-Haus am 02.07.2015, also dieses Jahr, deutlich gemacht habe. Und ich möchte sie an dieser Stelle noch einmal kurz wiederholen und begründen.

Karl Branner war, das wissen wir heute, als junger Mensch, wie übrigens überdurchschnittlich viele gut gebildete junge Männer seiner Generation, überzeugt von der nationalsozialistischen Ideologie. Er war ehrgeizig, am beruflichen Fortkommen interessiert und so hatte sein relativ frühes Eintreten in die Partei im Jahr 1933 sicherlich auch opportunistische Beweggründe. Das muss man jedenfalls vermuten. Im nationalsozialistischen Geiste schrieb er seine Doktorarbeit bei einem Professor, der ein ausgewiesener Nationalsozialist war. Viele Formulierungen und Kennzeichnungen der jüdischen Autoren lassen daran keinen Zweifel aufkommen. In diesem Geiste durchlief er seine ersten beruflichen Stationen und in diesem Geiste wurde er sicherlich 1939 auch Soldat.

Gleichwohl bin ich der Überzeugung, dass sich diese Haltung bereits während der letzten Kriegsjahre gewandelt haben muss. Ob er sich inhaltlich distanzierte aufgrund von Kriegserlebnissen, möglicherweise seiner Verletzung oder aufgrund anderer später Einsichten, bleibt ungewiss. Der Umstand als solcher scheint mir aber belegt, nicht zuletzt wegen eines gegen ihn angestregten Kriegsgerichtsverfahrens, bei dem er zwar milde bestraft wurde, aber immerhin wegen des Vorwurfs wehrkraftzersetzenden Verhaltens, was davon zeugt, dass er dem Regime nicht mehr uneingeschränkt loyal gegenüberstand.

An Kriegsverbrechen war Karl Branner, nach all dem was wir wissen, nicht beteiligt. In jugoslawischer Kriegsgefangenschaft, wir haben das heute schon gehört, gehörte er dem sogenannten „Antifa-Ausschuss“ an, was ihm persönlich sicherlich auch gewisse Vorteile verschaffte. Die später von Mithäftlingen gegen ihn erhobenen Vorwürfe sind nach langer und intensiver Ermittlung jedenfalls justizförmig nicht erhärtet worden. Und ich empfehle allen nochmal einen Blick auf die beiden Personen zu werfen, die schwerpunktmäßig den Vorwurf erhoben und die Vorwürfe überprüft haben. Das steht auf Seiten 150 ff. der Schrift. Das war einmal Heinrich Ahrens, einer dieser Offiziere, der als Soldat mehrfach dekoriert, zuletzt in Bosnien in einer Einheit kämpfte, die im Partisanenkampf eingesetzt worden ist. Und derjenige, der das in der Justiz in Kassel untersuchte, war Dirk Uhse, 1944 Oberstabsrichter im Heeresjustizdienst. Ich will nur diese beiden Fakten benennen mit Blick auf das, was die Bewertung der Tätigkeit Karl Branners zwischen 1945 und seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Jahr 1949 angeht. Das Verfahren wurde dann, wie Sie alle wissen, im Januar 1957 eingestellt.

In den Jahren seiner Tätigkeit als Kasseler Oberbürgermeister, ich glaube da sind die Meinungen hier im Hause nicht geteilt, hat er sich um die Stadt Verdienste

erworben. Sein Amt hat er verantwortungsvoll und mit demokratischer Gesinnung ausgeübt. Daran gibt es meiner Meinung nach keinen Zweifel und das wird auch in der Studie nicht angezweifelt.

Zu wünschen wäre Karl Branner gewesen, dass er spätestens im Alter die Kraft aufgebracht hätte, unmissverständlicher, offener und ehrlicher mit seiner Haltung im Dritten Reich umzugehen. Dass er das nicht getan hat, darf man kritisieren. Ob man es moralisch verurteilen muss, bezweifle ich. Dazu zitiere ich Wolfgang Benz, einen der anerkannten Vertreter der Forschung über die NS-Zeit. Er sagte, ich zitiere ihn: „Man muss auch denen keine Vorwürfe machen wegen ihres Schweigens, die Parteigenossen aber keine Funktionäre der Partei und des Regimes gewesen sind. Warum hätte einer, der sich als Demokrat nach 1945 beweist, immer wieder darauf hinweisen müssen, dass er einmal anders gedacht hatte oder aus Opportunismus oder aus Angst Parteigenosse geworden war.“ Zitatende.

Zu welcher Schlussfolgerung führt aus meiner Sicht die Gesamtschau der Person Karl Branners? Ich halte es nicht für vertretbar, das, was frühere Stadtverordnetenversammlungen beschlossen haben, jetzt mittelbar aufzuheben. Das Ehrenbürgerrecht kann nur zu Lebzeiten verliehen werden und auch nur zu Lebzeiten entzogen werden. Und es so viele Jahre nach dem Tod von Karl Branner, auch in dieser nur mittelbaren Art und Weise wie es die beiden Fraktionen hier gesprochen haben, zu tun, heißt aus meiner Sicht, am Ende ihn auf ein Niveau derer zu setzen, deren Ehrenbürgerrecht aus guten Gründen nach 1945 entzogen worden ist. Also geht es um die Karl-Branner-Halle und es geht um die Karl-Branner-Brücke. Und ich sage sehr deutlich, für Karl Branner wie für viele, die in dieser Zeit groß geworden sind und politisch gearbeitet haben, gibt es auch ein Leben nach 1945.

Und ich muss beide Seiten der Persönlichkeit beurteilen, um zum Ergebnis zu kommen, ob jemand diese beiden Ehrungen, über die ich spreche, verdient hat oder nicht. Und meine Haltung ist die, dass das, was Karl Branner nach 1945 für Kassel getan hat und das Abrücken vom Nationalsozialismus vor 1945 und das, was unzweifelhaft zu kritisieren ist, nicht zur Konsequenz haben sollte, die beiden Ehrungen zu beseitigen. Das gilt für die Karl-Branner-Brücke.

Bei der Karl-Branner-Halle gibt es einen anderen Aspekt, der hier zu Recht angesprochen ist, und den ich nachvollziehen kann, und dem ich auch folgen würde, wenn ich Stadtverordneter wäre und heute abstimmen dürfte.

In der Halle vor dem Zimmer des Oberbürgermeisters werden hohe und höchste Auszeichnungen verliehen, finden viele Empfänge statt. Ein solcher Raum muss – glaube ich – außerhalb des Streites und unterschiedlicher Meinungen sein. Und egal, was wir heute beschließen, die Frage, wie ist das Leben Karl Branners nach 1945 und vor 1945 zu bewerten, wird den Streit nicht entscheiden, sondern er bleibt in der Stadtgesellschaft. Und dann wäre es aus meiner Sicht nicht gut, einen Raum, der im stadtgesellschaftlichen Streit ist, auch nach der Erörterung und der Beschlussfassung heute in der Stadtverordnetenversammlung, wenn es denn so kommt, weiterhin für solche Zwecke zu nutzen. Und das hat zur Konsequenz, dass

man die Karl-Branner-Halle umbenennen muss. Ob man einen anderen Namen wählt, was ich nicht befürworten würde, oder ob man sie die Halle des Magistrats oder die Rathauhalle nennt, das muss man sehen. Aber nicht, das will ich sehr deutlich sagen, weil ich der Auffassung wäre, das Karl Branner die Ehrung nicht verdient hätte, sondern allein deshalb, weil diese Ehrung umstritten bleibt, auch nach den Diskussionen, die wir geführt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Willi Seidel, zur Biografie Willi Seidels, verschafft uns die Studie leider nicht die notwendige Klarheit. Und das ist kein Vorwurf an die Verfasser, sondern das ist das Resultat der Quellenlage. Über seine persönliche Tätigkeit in der Kasseler Stadtverwaltung insbesondere im Bereich der Wehrwirtschaft gibt es außer der Schilderung der Arbeitsbereiche, in denen er gearbeitet hat, kein aussagekräftiges Bild. Weder im be- noch im entlastenden Sinne. Und festzustellen ist, dass er 1933 als Leiter des Personalamtes abgelöst worden ist und Leiter des Versicherungsamtes wurde, bevor er der wehrwirtschaftspolitischen Abteilung vorstand.

Seidel war als lang gedienter und hochrangiger Verwaltungsmitarbeiter sicherlich geprägt von einer preußisch-technokratischen, auch konservativen Grundhaltung. Kommunalverwaltung war, das hat er später auch immer zum Ausdruck gebracht, für ihn eine eher unpolitische sachliche Erwägung und weit weg vom parteipolitischen Diskurs.

In welchem Geiste er diese Arbeit vollzog, ob in innerer Gegnerschaft zum System oder als Erfüllungsgehilfe, weder das eine noch das andere lässt sich belastbar belegen.

Eine Quelle, meine sehr verehrten Damen und Herren, die mir persönlich aber noch am ehesten zur Aufhellung der Bewertung dieser Tätigkeit taugt, sind die Sitzungsprotokolle der Oberbürgermeisterwahlen in den Jahren 1946 und 1948. Sie wissen, Willi Seidel wurde von den amerikanischen Streitkräften, die Kassel befreit haben, als Oberbürgermeister eingesetzt. 1946 das erste Mal mit Stimmen der SPD und der CDU, damals gab es keine weiteren Fraktionen, einstimmig gewählt und aufgrund eines Losentscheides im Jahre 1948 in seinem Amt bestätigt. Und ich habe jetzt mal nachgeschaut, wer unter den Menschen war, die ihn 1946 und 1948 gewählt haben. Darunter war Rudolf Freidhof, am 3. März 1933 verhaftet, später eingesperrt in Wehlheiden und von 1944 bis 1945 im KZ in Sachsenhausen interniert.

Darunter war Max Mayr, Widerstandskämpfer, von den Nazis wegen Hochverrats verurteilt, saß 1936 in Wehlheiden ein und war von 1938 dann bis 1945 Insasse im KZ in Buchenwald.

Joachim Boczkowski, er wurde 1933 von allen Ämtern entfernt und später zur Zwangsarbeit in Kassel Bettenhausen gezwungen.

Elisabeth Selbert, unsere Ehrenbürgerin, wurde noch 1934 gegen den erbitterten Widerstand der Nazi-Administration als Rechtsanwältin zugelassen und brachte während des Dritten Reichs ihre Familie durch, weil ihr Mann Berufsverbot hatte.

Christian Wittrock, er war vor der Machtergreifung Geschäftsführer der Innungskrankenkasse, nach der Machtergreifung wurde er seines Amtes enthoben und war im KZ in Sachsenhausen und Oranienburg.

Und sein Namensvetter Willi Wittrock, der spätere Landtagsabgeordnete, der, und auch das ist in dem Buch erwähnt, in seiner Funktion als Auskunftgeber gegenüber der Militärregierung über Seidel folgendes ausgeführt hat: „Direkt nach dem Kriege als Verwaltungsbeamter oder Mitglied der DVD. Er war überzeugt, dass der Krieg mit einer Niederlage für uns enden würde. Es war immer möglich, mit ihm über alles zu sprechen. Gesinnungsmäßig Widersacher der Nazis, Logenmitglied, demokratische Einstellung.“

Alle Persönlichkeiten die ich genannt habe, hielten sich soweit wir das wissen, wenn sie nicht in Gefangenschaft oder im KZ waren, über längere Zeit in Kassel auf. Und es ist sehr wahrscheinlich, dass sie als politisch interessierte Menschen wussten, jedenfalls eine ziemlich konkrete Vorstellung hatten, was ein herausgehobener Verwaltungsbeamter der Stadt Kassel tut. Und bei der Wiederwahl 1948 wurde Willi Seidel von der SPD und den 5 KPD-Abgeordneten unterstützt. Letztlich entschied aufgrund von Stimmgleichheit das Los. Und das Protokoll jener Sitzung gibt den Abgeordneten Rademann von der KPD mit folgendem Wortlaut wieder: „Ich darf aber hier zum Ausdruck bringen, dass wir den Kandidaten der Rechten ablehnen müssen, und zwar als Oberbürgermeister weil er 33iger PG, also Parteigenosse, war.“ Und Rademann weiter: „Uns trennt von Herrn Seidel manches. Seidel ist zum Beispiel nach unserer Auffassung zumindest kein Sozialist, wie wir ihn uns vorstellen. Wir wissen aber auch, dass er zumindest ein fortschrittlicher Demokrat ist.“ Das war 1948.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und das, was Menschen, die Widerstand gegen die Nazis geleistet haben, die dafür verfolgt worden sind, die gelitten haben in Arbeitslagern und KZ's, dadurch zum Ausdruck gebracht haben, dass sie Willi Seidel gewählt haben, lässt mich daran zweifeln, dass es angemessen ist, heute so viele Jahre später, das Gegenteil von dem als Bewertung vorzunehmen, jedenfalls bei der sehr schwierig auszuwertenden Aktenlage. Und deswegen würde ich, wäre ich Stadtverordneter, bei der Frage der Tilgung des Namens Seidel am Willi-Seidel-Haus, sehr vorsichtig argumentieren. Und ich würde das, was die, die ich genannt habe - da ging es ja nicht um die Benennung des Hauses, sondern um die sehr viel wichtigere Frage, ob jemand Oberbürgermeister in dieser Stadt werden kann nach 1945-

zum Ausdruck gebracht haben, stärker in den Mittelpunkt rücken. Wäre ich Stadtverordneter, würde ich den Namen Willi Seidels am Haus der Jugend nicht tilgen. Wie Sie auch immer entscheiden mögen, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Magistrat wird das umsetzen, was das hohe Haus heute entscheidet.

Ich denke, die Diskussion, die wir in den letzten Monaten und auch heute geführt haben, zeigt, dass die Stadt Kassel an der Aufarbeitung der Geschichte weiterhin interessiert ist, dass wir mit dem Buch eine gute Grundlage haben für eine Beurteilung. Das, und das haben die Verfasser bei der Vorstellung der Schrift im

Bürgersaal des Rathauses deutlich gemacht, die Bewertung dessen, was dort aufgeschrieben ist, eine politische Frage ist. Und da können uns Historiker durch die Zulieferung der Tatsachen und der historischen Erkenntnisse helfen, aber nicht dabei, welche politischen Konsequenzen wir daraus ziehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Auszug aus der Niederschrift

der 44. öffentlichen Sitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am **Montag, 20. Juli 2015, 15:00 Uhr,**

im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesend:

Präsidium

Petra Friedrich, Stadtverordnetenvorsteherin, SPD

Volker Zeidler, Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher, SPD

Gabriele Fitz, Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin, SPD

Jürgen Blutte, Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher, B90/Grüne

Georg Lewandowski, Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher, CDU

Stadtverordnete

Dr. Rabani Alekuzei, Stadtverordneter, SPD

Doğan Aydın, Stadtverordneter, SPD

Judith Boczkowski, Stadtverordnete, SPD

Barbara Bogdon, Stadtverordnete, SPD

Dietmar Bürger, Stadtverordneter, SPD

Wolfgang Decker, Stadtverordneter, SPD

Dr. Manuel Eichler, Stadtverordneter, SPD

Uwe Frankenberger, Stadtverordneter, SPD

Helene Freund, Stadtverordnete, SPD

Dr. Rainer Hanemann, Stadtverordneter, SPD

Hermann Hartig, Stadtverordneter, SPD

Carsten Höhre, Stadtverordneter, SPD

Esther Kalveram, Stadtverordnete, SPD

Christian Knauf, Stadtverordneter, SPD

Stefan Kurt Markl, Stadtverordneter, SPD

Heidmarie Reimann, Stadtverordnete, SPD

Enrico Schäfer, Stadtverordneter, SPD

Dr. Günther Schnell, Fraktionsvorsitzender, SPD

Monika Sprafke, Stadtverordnete, SPD

Norbert Sprafke, Stadtverordneter, SPD

Harry Völler, Stadtverordneter, SPD

Stephan Amtsberg, Stadtverordneter, B90/Grüne

Dieter Beig, Fraktionsvorsitzender, B90/Grüne

Ruth Fürsch, Stadtverordnete, B90/Grüne

Birgit Hengesbach-Knoop, Stadtverordnete, B90/Grüne

Christine Hesse, Stadtverordnete, B90/Grüne

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Stadtverordnete, B90/Grüne

Yasemin Ince, Stadtverordnete, B90/Grüne
Eva Koch, Stadtverordnete, B90/Grüne
Dorothee Köpp, Stadtverordnete, B90/Grüne
Kerstin Linne, Stadtverordnete, B90/Grüne
Anja Lipschik, Stadtverordnete, B90/Grüne
Boris Mijatovic, Stadtverordneter, B90/Grüne
Gernot Rönz, Stadtverordneter, B90/Grüne
Joachim Schleißing, Stadtverordneter, B90/Grüne
Karl Schöberl, Stadtverordneter, B90/Grüne
Helga Weber, Stadtverordnete, B90/Grüne
Bernd-Peter Doose, Stadtverordneter, CDU
Norbert Hornemann, Stadtverordneter, CDU
Dominique Kalb, Stadtverordneter, CDU
Wolfram Kieselbach, Stadtverordneter, CDU
Stefan Kortmann, Stadtverordneter, CDU
Eva Kühne-Hörmann, Stadtverordnete, CDU
Marcus Leitschuh, Stadtverordneter, CDU
Dr. Michael von Rüden, Stadtverordneter, CDU
Jutta Schwalm, Stadtverordnete, CDU
Waltraud Stähling-Dittmann, Stadtverordnete, CDU
Brigitte Thiel, Stadtverordnete, CDU
Dr. Jörg Westerburg, Stadtverordneter, CDU
Dr. Norbert Wett, Fraktionsvorsitzender, CDU
Simon Aulepp, Stadtverordneter, Kasseler Linke
Vera Katrin Kaufmann, Stadtverordnete, Kasseler Linke
Axel Selbert, Fraktionsvorsitzender, Kasseler Linke
Heinz Gunter Drubel, Stadtverordneter, FDP
Frank Oberbrunner, Fraktionsvorsitzender, FDP
Bernd W. Häfner, Fraktionsvorsitzender, FREIE WÄHLER
Dr. Bernd Hoppe, Stadtverordneter, Demokratie erneuern
Olaf Petersen, Stadtverordneter, Demokratie erneuern
Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten

Ausländerbeirat

Kamil Saygin, Vorsitzender des Ausländerbeirats

Magistrat

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, SPD
Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD
Christian Geselle, Stadtrat, SPD
Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne
Brigitte Bergholter, Stadträtin, SPD
Martin Engels, Stadtrat, CDU

Barbara Herrmann-Kirchberg, Stadträtin, CDU
Hendrik Jordan, Stadtrat, SPD
Annett Martin, Stadträtin, B90/Grüne
Hans-Jürgen Sandrock, Stadtrat, SPD
Heinz Schmidt, Stadtrat, CDU
Richard Schramm, Stadtrat, B90/Grüne
Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer, Stadträtin, Kasseler Linke

Schriftführung

Nicole Eglin, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Edith Schneider, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Anke Bergmann, Stadtverordnete, SPD
Norbert Domes, Stadtverordneter, Kasseler Linke
Renate Gaß, Stadtverordnete, Kasseler Linke
Dr. Andreas Jürgens, Stadtverordneter, B90/Grüne
Bodo Schild, Stadtverordneter, CDU
Donald Strube, Stadtverordneter, parteilos
Birgit Trinczek, Stadtverordnete, CDU
Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD

Zur Tagesordnung

:::

Fraktionsvorsitzender Beig, Fraktion B90/Grüne, beantragt die Erweiterung der Tagesordnung I um den Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Umgang mit den Vergangenenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1812.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der TO I um den Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1812, wird **zugestimmt**.

Fraktionsvorsitzender Selbert, Fraktion Kasseler Linke, beantragt die Erweiterung der Tagesordnung I um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1811.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der TO I um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1811, wird **zugestimmt**.

Fraktionsvorsitzender Oberbrunner, FDP-Fraktion, beantragt die Erweiterung der Tagesordnung I um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der FDP und Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1809.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der TO I um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der FDP und Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1809, wird **zugestimmt**.

Vorsitzende Friedrich stellt fest, dass sie die vier Anträge betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister nach Tagesordnungspunkt 8 gemeinsam zur Beratung aufrufen wird.

:::

Die Tagesordnungspunkte 8.1 bis 8.4 werden wegen Sachzusammenhangs gemeinsam zur Beratung aufgerufen. Die Abstimmung erfolgt getrennt.

:::

gez. Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

gez. Nicole Eglin
Schriftführerin



Vorlage Nr. 101.17.1807

14. Juli 2015

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach der Veröffentlichung der Studie zu den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Willi Seidel, Lauritz Lauritzen und Dr. Karl Branner und der Diskussion in der Kassler Stadtgesellschaft wird der Magistrat gebeten, folgende Maßnahmen einzuleiten:

1. Rückbenennung der Karl-Branner-Halle. Von einer neuerlichen Namensfindung wird abgesehen.
2. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt dem Ortsbeirat Unterneustadt die Rückbenennung des Willi-Seidel-Hauses in Haus der Jugend vor. Die Gründe für die Rückbenennung werden kenntlich gemacht.
3. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt den Ortsbeiräten Mitte und Unterneustadt vor, die Namensgebung der Karl-Branner-Brücke nicht zu ändern. Auf die Biografie von Dr. Karl Branner wird mit einer Erinnerungstafel hingewiesen.
4. Die Lebensläufe der drei genannten Oberbürgermeister werden auf der städtischen Website entsprechend der Studie überarbeitet.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Günther Schnell

gez. Dr. Günther Schnell
Fraktionsvorsitzender

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der
Demokratie erneuern/Freie Wähler und FDP

14. Juli 2015
1 von 1

Vorlage Nr. 101.17.1809

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach der Veröffentlichung der Studie zu den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Willi Seidel, Lauritz Lauritzen und Dr. Karl Branner und der Diskussion in der Kasseler Stadtgesellschaft wird die Stadtverordnetenversammlung gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordneten erklären, dass die 1975 ausgesprochene Ehrenbürgerschaft für Herrn Dr. Branner aus heutiger Sicht und auf der Grundlage der jetzt vorliegenden Informationen nicht erfolgt wäre. Die Würde einer Ehrenbürgerschaft ist nicht zu rechtfertigen.
2. Rückbenennung der Karl-Branner-Halle. Von einer neuerlichen Namensfindung wird abgesehen.
3. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt dem Ortsbeirat Unterneustadt die Rückbenennung des Willi-Seidel-Hauses in Haus der Jugend vor.
4. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt den Ortsbeiräten Mitte und Unterneustadt vor, die Namensgebung der Karl-Branner-Brücke zu ändern.
5. Die Lebensläufe der drei genannten Oberbürgermeister werden auf der städtischen Webseite sowie in den Dokumentationen des Stadtmuseums entsprechend der Studie überarbeitet.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Bernd W. Häfner

Bernd W. Häfner
Fraktionsvorsitzender Demokratie
erneuern/Freie Wähler

Frank Oberbrunner
Fraktionsvorsitzender
FDP

Vorlage Nr. 101.17.1811

20. Juli 2015
1 von 2

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister

Antrag

Zum Umgang mit Ehrungen von Unehrenhaften

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Aufbereitung "Vergangenheiten - Die Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner und der Nationalsozialismus" wird dauerhaft zugänglich gemacht und auf der Internetseite der Stadt, in der künftig namenlosen Rathauhalle und im neuen Stadtmuseum zusammenfassend dargestellt.
2. Das Willi-Seidel-Haus wird wieder zum Haus der Jugend benannt.
3. Die Karl-Branner-Halle im Rathaus erhält eine zusammenfassende Darstellung der Gründe der Aberkennung der Ehrungen und verliert ihren Namen.
4. Der Magistrat schlägt den beiden Ortsbeiräten Mitte und Unterneustadt die Umbenennung der Karl-Branner-Brücke vor. Sie soll vorzugsweise den Namen einer Kasseler Antifaschist*in oder Verfolgten des Nationalsozialismus tragen.
5. In der Karl-Branner-Halle, an der Karl-Branner-Brücke und am Willi-Seidel-Haus werden Hinweise auf die Gründe der Umbenennungen angebracht.
6. Die Stadtverordneten erklären, dass die Ehrenbürgerschaft für Dr. Karl Branner, Willi Seidel, August Bode und Paul von Hindenburg aus heutiger Sicht und auf der Grundlage der jetzt vorliegenden Informationen nicht erfolgt wäre. Die Würde einer Ehrenbürgerschaft ist nicht zu rechtfertigen.
7. Die Vita der namensgebenden Personen aller Straßen, Plätze, Einrichtungen und Ehrentitel ab der Kolonialzeit (Berliner Konferenz 1884) werden wissenschaftlich bearbeitet. Das Ziel ist die Identifizierung und Veröffentlichung von schwerer persönlicher Schuld und moralischem Versagen.

8. Das Handeln von Stadtverordneten, Magistrat und leitenden Personen der Kommunalverwaltung im Nationalsozialismus und der Umgang damit in der Nachkriegszeit wird wissenschaftlich bearbeitet.

2 von 2

Begründung:

Beim Vorliegen von eklatantem moralischen Versagen und schwerer persönlicher Schuld können Ehrungen nicht weiter bestehen. Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat und die zuständigen Ortsbeiräte, die Beschlüsse zu entsprechenden Änderungen der Namen der Brücke und der öffentlichen Einrichtungen zeitnah zu fassen.

Eine systematische wissenschaftliche Bearbeitung des Handelns von Stadtverordneten, Magistrat und leitenden Köpfen der Verwaltung im Nationalsozialismus und der Umgang damit in der Nachkriegszeit lässt erheblichen Erkenntnisgewinn erwarten und bietet eine Basis für einen stadthistorischen verantwortlichen Umgang damit.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Axel Selbert

gez. Axel Selbert
Fraktionsvorsitzender

Vorlage Nr. 101.17.1812

20. Juli 2015
1 von 1

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach der Veröffentlichung der Studie zu den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Willi Seidel, Lauritz Lauritzen und Dr. Karl Branner und der Diskussion in der Kassler Stadtgesellschaft wird der Magistrat gebeten, folgende Maßnahmen einzuleiten:

1. Rückbenennung der Karl-Branner-Halle. Von einer neuerlichen Namensfindung wird abgesehen.
2. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt dem Ortsbeirat Unterneustadt die Rückbenennung des Willi-Seidel-Hauses in Haus der Jugend vor. Die Gründe für die Rückbenennung werden kenntlich gemacht.
3. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt den Ortsbeiräten Mitte und Unterneustadt vor, die Namensgebung der Karl-Branner-Brücke zu ändern.
4. Die Lebensläufe der drei genannten Oberbürgermeister werden auf der städtischen Website entsprechend der Studie überarbeitet.
5. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt dem Stadtmuseum vor, die Biografien der drei ehemaligen Oberbürgermeister, also ihre Vergangenheiten im Sinne der Studie und ihre Verdienste für den Wiederaufbau Kassels, als Teil der Kasseler Stadtgeschichte darzustellen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dieter Beig

gez. Dieter Beig
Fraktionsvorsitzender

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 20. Juli 2015

Tagesordnungspunkte 8.1 bis 8.4

**Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler
Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner**

Beschlüsse

**der Stadtverordnetenversammlung
nach erfolgter Aussprache**

**Auszug aus der 44. öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
vom 20. Juli 2015**

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1811 -

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Aufbereitung "Vergangenheiten - Die Kasseler Oberbürgermeister Seidel, Lauritzen und Branner und der Nationalsozialismus" wird dauerhaft zugänglich gemacht und auf der Internetseite der Stadt, in der künftig namenlosen Rathaushalle und im neuen Stadtmuseum zusammenfassend dargestellt.
2. Das Willi-Seidel-Haus wird wieder zum Haus der Jugend benannt.
3. Die Karl-Branner-Halle im Rathaus erhält eine zusammenfassende Darstellung der Gründe der Aberkennung der Ehrungen und verliert ihren Namen.
4. Der Magistrat schlägt den beiden Ortsbeiräten Mitte und Unterneustadt die Umbenennung der Karl-Branner-Brücke vor. Sie soll vorzugsweise den Namen einer Kasseler Antifaschist*in oder Verfolgten des Nationalsozialismus tragen.
5. In der Karl-Branner-Halle, an der Karl-Branner-Brücke und am Willi-Seidel-Haus werden Hinweise auf die Gründe der Umbenennungen angebracht.
6. Die Stadtverordneten erklären, dass die Ehrenbürgerschaft für Dr. Karl Branner, Willi Seidel, August Bode und Paul von Hindenburg aus heutiger Sicht und auf der Grundlage der jetzt vorliegenden Informationen nicht erfolgt wäre. Die Würde einer Ehrenbürgerschaft ist nicht zu rechtfertigen.
7. Die Vita der namensgebenden Personen aller Straßen, Plätze, Einrichtungen und Ehrentitel ab der Kolonialzeit (Berliner Konferenz 1884) werden wissenschaftlich bearbeitet. Das Ziel ist die Identifizierung und Veröffentlichung von schwerer persönlicher Schuld und moralischem Versagen.
8. Das Handeln von Stadtverordneten, Magistrat und leitenden Personen der Kommunalverwaltung im Nationalsozialismus und der Umgang damit in der Nachkriegszeit wird wissenschaftlich bearbeitet.

Fraktionsvorsitzender Selbert, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag seiner Fraktion und beantragt ziffernweise Abstimmung aller Anträge zu dem Thema.

Der Antrag wird ziffernweise zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler,
Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, B90/Grüne (16), CDU

Enthaltung: B90/Grüne (1)

den

Beschluss

Ziffer 1 des Antrages der Fraktion Kasseler Linke betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1811, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne (1)Kasseler Linke, FDP,
Demokratie erneuern/Freie Wähler, Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, B90/Grüne (15), CDU

Enthaltung: B90/Grüne (1)

den

Beschluss

Ziffer 2 des Antrages der Fraktion Kasseler Linke betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1811, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1),
Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1)

Enthaltung: Demokratie erneuern/Freie Wähler (1)

den

Beschluss

Ziffer 3 des Antrages der Fraktion Kasseler Linke betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1811, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler (2),
Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1)

Enthaltung: --

den

Beschluss

Ziffer 4 des Antrages der Fraktion Kasseler Linke betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1811, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1),
Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1)

Enthaltung: Demokratie erneuern/Freie Wähler (1)

den

Beschluss

Ziffer 5 des Antrages der Fraktion Kasseler Linke betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1811, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (2)

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Demokratie erneuern/Freie Wähler (1),
Stadtverordneter Bayer

Enthaltung: --

den

Beschluss

Ziffer 6 des Antrages der Fraktion Kasseler Linke betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1811, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (2)

Enthaltung: Demokratie erneuern/Freie Wähler (1)

den

Beschluss

Ziffer 7 des Antrages der Fraktion Kasseler Linke betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1811, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler (2)

Enthaltung: Demokratie erneuern/Freie Wähler (1)

den

Beschluss

Ziffer 8 des Antrages der Fraktion Kasseler Linke betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1811, wird **abgelehnt**.

gez. Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

gez. Nicole Eglin
Schriftführerin

**Auszug aus der 44. öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
vom 20. Juli 2015**

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der Demokratie erneuern/Freie Wähler und FDP
- 101.17.1809 -

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach der Veröffentlichung der Studie zu den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Willi Seidel, Lauritz Lauritzen und Dr. Karl Branner und der Diskussion in der Kasseler Stadtgesellschaft wird die Stadtverordnetenversammlung gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordneten erklären, dass die 1975 ausgesprochene Ehrenbürgerschaft für Herrn Dr. Branner aus heutiger Sicht und auf der Grundlage der jetzt vorliegenden Informationen nicht erfolgt wäre. Die Würde einer Ehrenbürgerschaft ist nicht zu rechtfertigen.
2. Rückbenennung der Karl-Branner-Halle. Von einer neuerlichen Namensfindung wird abgesehen.
3. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt dem Ortsbeirat Unterneustadt die Rückbenennung des Willi-Seidel-Hauses in Haus der Jugend vor.
4. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt den Ortsbeiräten Mitte und Unterneustadt vor, die Namensgebung der Karl-Branner-Brücke zu ändern.
5. Die Lebensläufe der drei genannten Oberbürgermeister werden auf der städtischen Webseite sowie in den Dokumentationen des Stadtmuseums entsprechend der Studie überarbeitet.

Fraktionsvorsitzender Oberbrunner, FDP-Fraktion, und Fraktionsvorsitzender Häfner, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler, begründen den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der FDP und Demokratie erneuern/Freie Wähler.

Der Antrag wird ziffernweise zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Stadtverordneter Bayer

Enthaltung: --

den

Beschluss

Ziffer 1 des gemeinsamen Antrages der Fraktionen der FDP und Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1809, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Stadtverordneter Bayer

Enthaltung: --

den

Beschluss

Ziffer 2 des gemeinsamen Antrages der Fraktionen der FDP und Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1809, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne (1), Kasseler Linke, FDP,

Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: SPD, B90/Grüne (14), CDU, Stadtverordneter Bayer

Enthaltung: B90/Grüne (2)

den

Beschluss

Ziffer 3 des gemeinsamen Antrages der Fraktionen der FDP und Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1809, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne (1), Kasseler Linke, FDP,

Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: SPD, B90/Grüne (16), CDU, Stadtverordneter Bayer

Enthaltung: --

den

Beschluss

Ziffer 4 des gemeinsamen Antrages der Fraktionen der FDP und Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1809, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, Stadtverordneter Bayer

Enthaltung: --

den

Beschluss

Ziffer 5 des gemeinsamen Antrages der Fraktionen der FDP und Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1809, wird **abgelehnt**.

gez. Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

gez. Nicole Eglin
Schriftführerin

**Auszug aus der 44. öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
vom 20. Juli 2015**

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister

Antrag der Fraktion B90/Grüne

- 101.17.1812 -

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach der Veröffentlichung der Studie zu den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Willi Seidel, Lauritz Lauritzen und Dr. Karl Branner und der Diskussion in der Kassler Stadtgesellschaft wird der Magistrat gebeten, folgende Maßnahmen einzuleiten:

1. Rückbenennung der Karl-Branner-Halle. Von einer neuerlichen Namensfindung wird abgesehen.
2. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt dem Ortsbeirat Unterneustadt die Rückbenennung des Willi-Seidel-Hauses in Haus der Jugend vor. Die Gründe für die Rückbenennung werden kenntlich gemacht.
3. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt den Ortsbeiräten Mitte und Unterneustadt vor, die Namensgebung der Karl-Branner-Brücke zu ändern.
4. Die Lebensläufe der drei genannten Oberbürgermeister werden auf der städtischen Website entsprechend der Studie überarbeitet.
5. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt dem Stadtmuseum vor, die Biografien der drei ehemaligen Oberbürgermeister, also ihre Vergangenheiten im Sinne der Studie und ihre Verdienste für den Wiederaufbau Kassels, als Teil der Kasseler Stadtgeschichte darzustellen.

Fraktionsvorsitzender Beig, Fraktion B90/Grüne, begründet den Antrag für seine Fraktion. Fraktionsvorsitzender Häfner erklärt für seine Fraktion, dass sie an den weiteren Abstimmungen nicht mehr teilnehmen, weil sie mit dem Abstimmungsverfahren nicht einverstanden sind.

Der Antrag wird ziffernweise zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, CDU

Enthaltung: --

Nicht Teilnahme: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Ziffer 1 des Antrages der Fraktion B90/Grüne betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1812, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne (16), Kasseler Linke, Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, CDU, FDP

Enthaltung: B90/Grüne (1)

Nicht Teilnahme: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Ziffer 2 des Antrages der Fraktion B90/Grüne betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1812, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: 29 Stimmen

SPD (6), B90/Grüne (17), Kasseler Linke (3), FDP (2),
Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: 32 Stimmen

SPD (18), CDU (14)

Enthaltung: --

Nicht Teilnahme: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Ziffer 3 des Antrages der Fraktion B90/Grüne betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1812, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, CDU

Enthaltung: --

Nicht Teilnahme: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Ziffer 4 des Antrages der Fraktion B90/Grüne betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1812, wird **abgelehnt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, FDP, Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, CDU, Kasseler Linke

Enthaltung: --

Nicht Teilnahme: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Ziffer 5 des Antrages der Fraktion B90/Grüne betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1812, wird **abgelehnt**.

gez. Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

gez. Nicole Eglin
Schriftführerin

**Auszug aus der 44. öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
vom 20. Juli 2015**

Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.17.1807 -

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach der Veröffentlichung der Studie zu den Vergangenheiten der ehemaligen Kasseler Oberbürgermeister Willi Seidel, Lauritz Lauritzen und Dr. Karl Branner und der Diskussion in der Kassler Stadtgesellschaft wird der Magistrat gebeten, folgende Maßnahmen einzuleiten:

1. Rückbenennung der Karl-Branner-Halle. Von einer neuerlichen Namensfindung wird abgesehen.
2. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt dem Ortsbeirat Unterneustadt die Rückbenennung des Willi-Seidel-Hauses in Haus der Jugend vor. Die Gründe für die Rückbenennung werden kenntlich gemacht.
3. Der Magistrat der Stadt Kassel schlägt den Ortsbeiräten Mitte und Unterneustadt vor, die Namensgebung der Karl-Branner-Brücke nicht zu ändern. Auf die Biografie von Dr. Karl Branner wird mit einer Erinnerungstafel hingewiesen.
4. Die Lebensläufe der drei genannten Oberbürgermeister werden auf der städtischen Website entsprechend der Studie überarbeitet.

Fraktionsvorsitzender Dr. Schnell, SPD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion. Fraktionsvorsitzender Häfner, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler, erklärt für seine Fraktion, dass sie an den weiteren Abstimmungen nicht mehr teilnehmen, weil sie mit dem Abstimmungsverfahren nicht einverstanden sind.

Der Antrag wird ziffernweise zur Abstimmung gestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Nicht Teilnahme: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Ziffer 1 des Antrages der SPD-Fraktion betr. Umgang mit den Vergangenheiten der ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1807, wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD (23), B90/Grüne (16), CDU, Kasseler Linke,
Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD (1)

Enthaltung: B90/Grüne (1), FDP

Nicht Teilnahme: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Ziffer 2 des Antrages der SPD-Fraktion betr. Umgang mit den Vergangenheiten der
ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1807, wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: 32 Stimmen
SPD (18), CDU (14)

Ablehnung: 29 Stimmen
SPD (6), B90/Grüne (17), Kasseler Linke (3), FDP (2),
Stadtverordneter Bayer

Enthaltung: --

Nicht Teilnahme: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Ziffer 3 des Antrages der SPD-Fraktion betr. Umgang mit den Vergangenheiten der
ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1807, wird **zugestimmt**.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

Nicht Teilnahme: Demokratie erneuern/Freie Wähler
den

Beschluss

Ziffer 4 des Antrages der SPD-Fraktion betr. Umgang mit den Vergangenheiten der
ehemaligen Oberbürgermeister, 101.17.1807, wird **zugestimmt**.

gez. Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

gez. Nicole Eglin
Schriftführerin

Nachrichtlich:**Auszug aus der 49. öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
vom 1. Februar 2016****Karl-Branner-Brücke**

Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler
- 101.17.1816 -

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird aufgefordert, den Ortsbeiräten Mitte und Unterneustadt vorzuschlagen, die Namensgebung der bisherigen „Karl-Branner-Brücke“ in „Brücke am Rondell“ zu ändern.

Fraktionsvorsitzender Häfner, Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler, begründet den Antrag für seine Fraktion und beantragt namentliche Abstimmung.

Abstimmungsliste				
		Ja	Nein	Enthaltung
Dr. Rabani	Alekuzei		X	
Stephan	Amtsberg	X		
Simon	Aulepp	X		
Doğan	Aydın		X	
Jörg-Peter	Bayer	X		
Dieter	Beig		X	
Anke	Bergmann		X	
Jürgen	Blutte	X		
Judith	Boczkowski	X		
Barbara	Bogdon	Entschuldigt		
Dietmar	Bürger	X		
Wolfgang	Decker, MdL		X	
Norbert	Domes	X		
Bernd-Peter	Doose		X	
Heinz-Gunter	Drubel	Abwesend		
Dr. Manuel	Eichler		X	

		Ja	Nein	Enthaltung
Gabriele	Fitz		X	
Uwe	Frankenberger, MdL		X	
Helene	Freund		X	
Petra	Friedrich		X	
Ruth	Fürsch		X	
Renate	Gaß	Abwesend		
Bernd Wolfgang	Häfner	X		
Dr. Rainer	Hanemann		X	
Hermann	Hartig		X	
Birgit	Hengesbach-Knoop	X		
Christine	Hesse		X	
Carsten	Höhre		X	
Dr. Bernd	Hoppe	X		
Dr. Martina	van den Hövel-Hanemann	Entschuldigt		
Norbert	Hornemann		X	
Yasemin	Ince	X		
Dr. Andreas	Jürgens		X	
Dominique	Kalb		X	
Esther	Kalveram		X	
Vera Katrin	Kaufmann	x		
Wolfram	Kieselbach		X	
Christian	Knauf		X	
Eva	Koch		X	
Dorothee	Köpp		X	
Stefan	Kortmann	Entschuldigt		
Eva	Kühne-Hörmann		X	
Marcus	Leitschuh		X	
Georg	Lewandowski		X	
Kerstin	Linne	X		

		Ja	Nein	Enthaltung
Anja	Lipschik		X	
Stefan Kurt	Markl		X	
Boris	Mijatovic		X	
Frank	Oberbrunner	X		
Olaf	Petersen	X		
Heidemarie	Reimann		X	
Gernot	Rönz		X	
Dr. Michael	von Rüden		X	
Enrico	Schäfer		X	
Bodo	Schild		X	
Joachim	Schleißing	X		
Dr. Günther	Schnell		X	
Karl	Schöberl		X	
Jutta	Schwalm		X	
Axel	Selbert	X		
Monika	Sprafke	Entschuldigt		
Norbert	Sprafke		X	
Waltraud	Stähling-Dittmann		X	
Donald	Strube	Entschuldigt		
Brigitte	Thiel		X	
Birgit	Trinczek	Entschuldigt		
Harry	Völler		X	
Helga	Weber	X		
Dr. Jörg	Westerburg		X	
Dr. Norbert	Wett		X	
Volker	Zeidler		X	

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

18 Ja-Stimmen
45 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Demokratie erneuern/Freie Wähler betr. Karl-Branner-Brücke,
101.17.1816, wird **abgelehnt**.

gez. Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

gez. Nicole Eglin
Schriftführerin

Nachrichtlich:**Auszug aus der 12. öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
vom 19. Juni 2017****Karl-Branner-Brücke**

Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten
- 101.18.300 -

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Karl-Branner-Brücke wird in Brücke am Rondell umbenannt.

Stadtverordnetenvorsteherin Friedrich teilt mit, dass im Ältestenrat einvernehmlich festgelegt wurde, die Redezeit für jeden ersten Redner einer Fraktion auf 8 Minuten zu erhöhen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Hoppe begründet den Antrag für seine Fraktion.
Im Rahmen der Diskussion beantragt Fraktionsvorsitzender Dr. von Rüden die namentliche Abstimmung des Antrages.

Der Antrag wird namentlich zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsliste				
		Ja	Nein	Enthaltung
Dr. Rabani	Alekuzei		X	
Joana	Al Samarraie		X	
Holger	Augustin		X	
Simon	Aulepp	X		
Dr. Jacques	Bassock		X	
Dieter	Beig		X	
Anke	Bergmann		X	
Volker	Berkhout	X		
Jürgen	Blutte	X		
Violetta	Bock	X		
Judith-Annette	Boczkowski	abwesend		
Thorsten	Burmeister	entschuldigt		

		Ja	Nein	Enthaltung
Dr. Isabel	Carqueville		X	
Wolfgang	Decker		X	
Michael	Dietrich			X
Sven René	Dreyer			X
Mirko	Düsterdieck	X		
Dr. Manuel	Eichler		X	
Andreas	Ernst		X	
Dr. Hasina	Farouq		X	
Helene	Freund		X	
Petra	Friedrich		X	
Johannes	Gerken		X	
Gerhard	Gerlach		X	
Lutz	Getzschmann	X		
Vera	Gleuel	X		
Dieter	Gratzer	abwesend		
Vanessa	Gronemann		X	
Hermann	Hartig		X	
Patrick	Hartmann		X	
Christine	Hesse		X	
Jörg	Hildebrandt		X	
Dr. Martina	van den Hövel-Hanemann		X	
Dr. Bernd	Hoppe	X		
Dr. Cornelia	Janusch		X	
Dr. Andreas	Jürgens		X	
Dominique	Kalb		X	
Vera	Kaufmann	X		
Wolfram	Kieselbach		X	
Eva	Koch		X	
Dorothee	Köpp		X	
Stefan	Kortmann		X	

		Ja	Nein	Enthaltung
Eva	Kühne-Hörmann		X	
Marcus	Leitschuh		X	
Valentino	Lipardi		X	
Peter	Marggraff	entschuldigt		
Thomas	Materner		X	
Boris	Mijatovic		X	
Steffen	Müller		X	
Matthias	Nölke	X		
Heidi	Reimann		X	
Holger	Römer		X	
Gernot	Rönz		X	
Dr. Michael	von Rüden		X	
Enrico	Schäfer		X	
Oliver	Schmolinski		X	
Dr. Günther	Schnell		X	
Stephanie	Schury	X		
Jutta	Schwalm		X	
Ilker	Sengül	X		
Adriane	Sittek			X
Saskia	Spohr-Frey		X	
Norbert	Sprafke		X	
Awet	Tesfaiesus		X	
Brigitte	Thiel		X	
Petra	Ullrich		X	
Harry	Völler		X	
Michael	Werl		X	
Dr. Norbert	Wett		X	
Sabine	Wurst		X	
Volker	Zeidler		X	

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

12 Ja-Stimmen
52 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Freie Wähler + Piraten betr. Karl-Branner-Brücke, 101.18.300,
wird **abgelehnt**.

gez. Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

gez. Nicole Eglin
Schriftführerin

Kassel documenta Stadt

Stadt Kassel
Büro der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel
Oktober 2017

Fotos:
Tür zum Sitzungssaal der Stadtverordneten im Rathaus Kassel © Stadt Kassel, Internetredaktion

www.kassel.de